42 Jahrgang. Bochum, den 15. Februar 1930. Nummer 7.

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. ◆ Einzelnummern 50 Pfg. ◆ Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pfg. ◆ Platzvorschriften ausgeschlossen. Postscheck-Konto Hannover Nummer 576 13. ◆ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastraße 46. ◆ Telephon-Nummer 608 21. ◆ Telegrammadresse: Altverband Bochum.

Knappenmörder: Preßlufthammer.

Die alten Handwerksgeräte werden immer mehr durch elektrisch, pneumatisch oder hydraulisch betriebene Bohrhämmer, Bohr-, Schräm- und Schneidemaschinen ersetzt. Die Arbeiter beklagen sich, sie seien nun erst recht zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte genötigt. Die Handhabung der Maschinen zerrütte den Körper rascher als der Gebrauch des althergebrachten bergmännischen Gezähes. Namentlich trifft das auf die Revolverbohrmaschinen zu. Uns erklärten Hauer, wenn sie längere Zeit mit diesen Maschinen gearbeitet hätten, seien sie am ganzen Körper wie zerschlagen und würden auf die Dauer hochgradig nervös. Aus Gelsenkirchen schreibt uns ein Bergarbeiter:

„Die Bohrhämmer sind auf den Zechen im Gelsenkirchener Bezirk fast durchweg eingeführt. Gesundheitruinierend sind die Maschinen dadurch, weil der Arbeiter sie selbst festhalten muß. Nur ganz kräftige Naturen sind in der Lage, dieses längere Zeit aushalten zu können. Aber auch der kräftigste Mensch wird ruiniert. Das fortgesetzte Rütteln und Stoßen hält niemand auf die Dauer aus. Der Bohrhammer führt in der Minute bis zu 60 Stöße aus. Jeder Stoß überträgt sich auf den menschlichen Körper. So wie bei einem Elektrisierapparat der elektrische Strom durch den Körper zieht, so auch zieht dieses fortgesetzte Rütteln und Stoßen durch den Körper. Das zerrüttet das ganze Nervensystem. Wir werden also für die Zukunft nicht nur mit nervenkranken Bürokraten, sondern auch mit nervenkranken Bergleuten rechnen müssen."

Als Otto Hue in seinem zweiten Bande: „Die Bergarbeiter, historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit", die vorstehenden Zeilen schrieb, stand der deutsche Bergbau erst am Anfang der hier gekennzeichneten Entwicklung. Ein Vergleich der

Maschinenanwendung bei der Kohlengewinnung

im Ruhrrevier in den Jahren 1913 und 1928 zeigt dies recht anschaulich. Es waren vorhanden:

	1913	1928
Bohrhämmer	10 141	35 909
Drehbohrmaschinen	32	1 099
Abbauhämmer, leichte	29	33 366
Abbauhämmer, schwere	160	48 017
Kohlenschneider	—	196
Säulenschrämmaschinen	231	567
Zusammen:	10 953	119 154

Die bei der Kohlengewinnung angewandten Maschinen haben also eine ungeheure Vermehrung erfahren. Die schädlichste Einwirkung auf den Körper des mit diesen Maschinen arbeitenden Menschen üben namentlich die als Hämmer bezeichneten Maschinen aus. Es sind dies die Bohr- und Abbauhämmer. Sie werden mit Preßluft betrieben. Ihre Zahl ist von 10 330 in 1913 auf 117 292 in 1928 gestiegen. Teilt man die Zahl der unter Tage beschäftigten Arbeiter mit der Zahl der Preßlufthämmer, so ergibt sich, daß 1913 auf 28 Arbeiter ein Preßlufthammer entfiel, 1928 dagegen bereits auf nicht ganz 3 Arbeiter. Die Bohrhämmer, die die Bergarbeiter auch „Revolver" nennen, werden länger als die Abbauhämmer angewandt. Die letzteren kamen erst in der Nachkriegszeit in stärkerem Maße auf, insbesondere in den letzten Jahren, als die sogenannte Rationalisierung zum allgemein beliebten Schlagwort wurde. Immerhin werden auch die Abbauhämmer seit mindestens fünf Jahren in erheblichem Umfange angewandt, so daß auch ihre Einwirkung auf den Körper des mit ihnen arbeitenden Menschen sich nunmehr zeigen müßte. Es sei hier der Frage nähergetreten, ob dies der Fall ist.

Da für den Bergbau des Ruhrgebiets ein einheitlicher Träger der gesamten Sozialversicherung sowohl 1913 als auch 1928 in Frage kam und seine Statistik der Kranken- und Pensionsversicherung seit Jahrzehnten nach gleichen Grundsätzen vorgenommen wird, muß ein

Vergleich dieser Zahlen

aus den beiden Jahren ermöglichen, einen Rückschluß zu ziehen. Bei den Vergleichen der Zahlen aus 1913 und 1928 ist zu beachten, daß die Krankenkasse der Ruhrknappschaft 1913 im Jahresdurchnitt 421 000 und 1928 nur 380 000 Mitglieder hatte, 1928 demnach 41 000 Mitglieder weniger. Die schädliche Wirkung des Preßlufthammers auf den Arbeiter wird durch den Rückstoß verursacht, die der Körper des mit ihm arbeitenden Menschen auffängt. Er übt nach Ansicht der Bergarbeiter auf denjenigen, der mit dem Preßlufthammer längere Zeit arbeiten muß, folgende Schädigungen aus:

1. zerrüttet die Nerven;
2. schädigt das Gehör;
3. schädigt die Muskeln, Knochen und Gelenke und
4. wirbelt den Bohrstaub auf, der namentlich beim Bohren im Gestein mit der Zeit die Lungen verdichtet und zur Krankheit und vorzeitigem Tode führt.

Sehen wir zunächst, wie er auf die Nerven der Bergarbeiter wirkt. Nach den Berichten der Ruhrknappschaft erkrankten in den Jahren

	1913	1928
an Neurasthenie	639	1704
an sonstigen Krankheiten des Nervensystems	340	1702

Die Vermehrung der Erkrankungen an Neurasthenie hängt unzweifelhaft mit der erhöhten Arbeit mit Preßlufthämmern zusammen. In der Bezeichnung „sonstige Krankheiten des Nervensystems" sind die besonderen Erkrankungen, wie Hirnhautentzündung und ähnliche Erkrankungen, ausgeschieden, so daß es sich in der Hauptsache auch hier nur um Erkrankungen allgemein nervöser Art handelt, die durch die Arbeit mit Preßlufthämmern in erhöhtem Maße bedingt wurden. Auch die Erkrankungen an Gehörschäden haben eine Steigerung erfahren. Es waren nämlich wegen Gehörschäden 1913: 3005, 1928: 3966 Erkrankungsfälle zu verzeichnen. Diese Erkrankungen sind jedoch nicht vollständig erfaßt, weil gewöhnlich ein Bergmann, der allmählich durch die Tätigkeit mit dem Preßlufthammer taub wird, nicht krankfeiert, sondern sich auf einen Kurschein behandeln läßt und, falls ihm vom Facharzt gesagt wird, daß jede Behandlung ohne Erfolg bleibt, nur die Arbeit wechselt.

Erkrankungen an Muskeln, Knochen und Gelenken durch Arbeiten mit Preßlufthämmern sind bis 1929 in der Statistik der Ruhrknappschaft nicht geführt worden. Sie gingen meist als Rheumatismus durch, da namentlich die Erkrankungen an Knochen und Gelenken im allgemeinen nur durch eine Röntgenaufnahme als solche nachzuweisen sind und die Revierärzte der Knappschaft, die die Krankheitsbezeichnung auf dem Krankenschein vermerken, keine Röntgenapparate besitzen. Daß aber die Bergarbeiter in erheblichem Maße unter diesen Erkrankungen leiden, beweist der Umstand, daß der Röntgenologe Dr. Schulte am Knappschaftskrankenhaus in Recklinghausen, dem die Knappschaftsrevierärzte aus der nächsten Umgebung Erkrankte zur Feststellung einwandfreier Diagnose bei Klagen über Schmerzen in Gelenken zuschickten, Hunderte von Röntgenaufnahmen gemacht hat, durch die schwere Gelenkveränderungen, namentlich des Ellenbogengelenks, als durch die Tätigkeit mit Preßlufthämmern verursacht nachgewiesen wurden. Hätte eine solche Untersuchung im ganzen Bereiche der Ruhrknappschaft stattgefunden, so würden die Fälle nicht in die Hunderte, sondern in mehrere Tausende gehen. Eine schwere Gelenkveränderung kann nach Ansicht von Aerzten, die von den Dingen etwas verstehen, bereits nach zwei- bis dreijähriger Tätigkeit verursacht werden. Sie wird sich namentlich bei solchen Arbeitern schnell entwickeln, bei denen die Rückstöße des Preßlufthammers ohne jedes Behelfsmittel hauptsächlich mit dem Arm oder der Schulter aufgefangen werden.

Die schlimmsten Einwirkungen

auf die Gesundheit der Bergarbeiter übt der Preßluftbohrhammer durch Aufwirbeln des Staubes beim Bohren im Gestein aus. Die Gruppe von Erkrankungen, die in der Ruhrknappschaft unter „Staubkrankheiten" geführt wurden, hatte 1928 gegenüber 1913 folgende Steigerung erfahren:

	1913	1928
Steinhauerlunge	—	1069
Steinhauerlunge mit Tuberkulose	—	43
Lungentuberkulose	1083	2556
Lungenemphysem, Asthma	637	1431
Zusammen:	1720	5099

Vor der Einführung der Preßluftbohrhämmer war auch bei den Bergarbeitern, die ausschließlich nur im Gestein gearbeitet haben, die Steinstaublunge ein unbekannter Begriff. Wohl ist auch beim Bohren mit Meißelbohrer und Handfäustel Gesteinstaub entstanden, aber die Staubbildung hierbei bewegte sich in mäßigen Grenzen. Auch konnte der Bohrende selbst sich vor dem Staub durch ein leichtes Wegwenden des Gesichtes etwas schützen, während er ihm beim Bohren mit dem Bohrhammer in manchen Stellungen in die Atmungsorgane geradezu hineingeblasen wird. Die Vermehrung der in dieser Aufstellung als reine Tuberkulose aufgeführten Fälle ist zum großen Teil auch auf die Verstaubung der Lunge mit Gesteinstaub zurückzuführen. Die Fälle lassen sich kaum auseinanderhalten. Das gleiche trifft auch auf die Vermehrung der Asthmaerkrankungen zu. Jedenfalls muß die Gruppe „Staubkrankheiten" als Ganzes betrachtet werden.

Daß die so folgenschweren Staubschäden, die durch Bohrhämmer verursacht werden, in der Tat gegenüber früher in erschreckendem Maße zugenommen haben, das beweisen auch die Zahlen der Invalidisierungen, die in den letzten Jahren wegen Steinstaublunge erfolgt sind. Während man 1913 solche Invalidisierungen überhaupt nicht kannte, mußten 1928 z. B. bei der Ruhrknappschaft 763 Invalidisierungen wegen Steinstaublunge erfolgen. Zu diesen Invalidisierungen kommen noch solche hinzu, die wegen Lungentuberkulose vorgenommen werden mußten. Auch bei einem großen Teil dieser Fälle ist die Tuberkulose durch Gesteinstaubeinwirkung ausgelöst worden.

Den durchschlagendsten Beweis für die Gefährlichkeit des Gesteinstaubes liefern die Leichenöffnungen, die nach Anerkennung der Gesteinstaublunge als entschädigungspflichtige Berufskrankheit vorgenommen werden, um festzustellen, ob die Steinstaublunge auch die Todesursache gewesen ist. Im Laufe des Jahres 1929 sind im Bereiche der Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft, der sich mit dem Bereiche der Ruhrknappschaft im Ruhrrevier deckt, 500 Leichen geöffnet worden. In 80 Prozent dieser Fälle mußte die Sektion II das Vorliegen von schwerer Staublunge und ihrer Ursache zum Tode anerkennen.

400 Bergarbeiter und mehr sterben also jährlich allein im Ruhrrevier vorzeitig an den Schäden, die die Preßluftbohrhämmer ihren Lungen zugefügt haben.

Hätten sie bei einer Katastrophe gemeinsam ihr Leben lassen müssen, so wäre ihr Tod zu einer Weltsensation geworden. Man hätte die armen Opfer bedauert, ihnen salbungsvolle Reden gehalten und schließlich eine Sammlung für ihre Hinterbliebenen veranstaltet. Dadurch, daß der Würgengel ihnen in Gestalt des Gesteinstaubes einzeln den Garaus machte, sanken sie sang- und klanglos dahin und mußten nach ihrem Tode erst mit ihren ruinierten Lungen beweisen, daß sie an der Preßlufthammerkrankheit gestorben sind, um für ihre Hinterbliebenen von der Unfallversicherung eine Rente zu erwirken. Die in dieser Abhandlung angeführten Zahlen stammen aus

Statistiken, die der Zechenverband anscheinend nicht kennt.

Zum mindesten haben wir noch nichts davon gehört, daß er sich mit ihnen beschäftigt hätte, oder gar, daß er bestrebt wäre, sie zu vervollständigen. Nein, solche Sorgen hat der Zechenverband nicht! Er macht in letzter Zeit auch in Statistik. Aber nicht etwa in solcher, durch die er die mörderische Wirkung einiger maschineller Handwerkszeuge auf die Bergarbeiter feststellen könnte, sondern er ist in der Hauptsache darum bemüht, festzustellen, daß die Bergarbeiter um Weihnachten herum einen Tag länger als sonst krankfeiern. Aus diesem Grunde hat er am 22. Januar d. J. ein Rundschreiben an die Verbandszechen erlassen und sie aufgefordert, Feststellungen in dieser Hinsicht zu treffen. Da die Begründung seines Vorgehens sicher auch manche Regierungsstelle interessieren wird, lassen wir sie nachstehend folgen. Eine Stelle des Rundschreibens lautet:

„Diese Feststellungen sind um so mehr am Platze, als demnächst die parlamentarischen Verhandlungen über die Krankenversicherung beginnen, bei welcher die Zahlung des Krankengeldes für Sonn- und Feiertage eine besondere Rolle spielt."

Also, um den Kumpels ein paar Mark Krankengeld abzujagen, zieht der Zechenverband besondere Statistiken auf. Nun, bei den Verhandlungen über die Krankenversicherung werden ihm auch andere Statistiken vorgelegt, aus denen zum Beispiel hervorgehen wird, daß in manchen Bezirken die Knappschaftskrankenkasse allein durch Erkrankte, die wegen erlittenen Unfällen im Betriebe und wegen Berufskrankheiten, die entschädigungspflichtig sind, krankfeiern, höher belastet wird, als manche Ortskrankenkasse überhaupt durch alle Krankfeiernde schlechthin, und daß es demzufolge höchste Zeit ist, die Lastenverteilung zwischen der Unfallversicherung und der knappschaftlichen Krankenversicherung anders zu gestalten.

Bei dieser Gelegenheit seien auch andere Stellen darauf hingewiesen, daß es im höchsten Grade ungerecht ist, den Bergarbeitern, die die Unterstellung ihrer Berufskrankheiten unter die Unfallversicherung verlangen, zu erwidern: „Was wollt ihr denn? Bei euch ist die Sache doch nicht so dringend. Ihr habt doch die Pensionsversicherung!" Denn was nützt dem Bergmann die Pensionsversicherung, wenn er bereits nach drei bis fünf Jahren durch eine tückische Berufskrankheit arbeitsunfähig wird? Von der Pensionsversicherung hat er erst wesentlichen Nutzen, wenn es ihm vergönnt war, mindestens zwei Jahrzehnte und mehr Beiträge zu ihr zu zahlen. Daß man im Bergbau bereits nach ein paar Jahren eine Berufskrankheit und durch sie den Tod erleiden kann, kann einwandfrei erwiesen werden. Der Pathologe der Ruhrknappschaft, Dr. Husten, hat Lungen von verstorbenen Bergarbeitern präpariert, die vor Gestein nur etwas über drei Jahre gearbeitet haben und bei denen sich trotz der kurzen Zeit eine ausgesprochene Steinstaublunge herausgebildet und den Tod verursacht hatte. Den Herren vom Zechenverband, die jetzt in Statistik über Krankfeiern um die Weihnachtszeit herum machen, wäre sehr zu empfehlen, sich im Knappschaftskrankenhaus Steele und im Bergmannsheil Bochum die Steinstaublungen anzusehen. Vielleicht würde ihnen bei dieser Gelegenheit doch ein Licht darüber aufgehen, daß auch für einen Arbeitgeberverband andere Pflichten erstehen könnten als die der öden Hetze gegen die so dringend notwendige Sozialversicherung der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz unseres Verbandes tagt!

Nach halbjähriger Pause begann am 9. Februar in Berlin die Reichskonferenz unseres Verbandes mit ihren Beratungen.

Unser Vorsitzender Husemann wies bei der Eröffnung darauf hin, daß auch diesmal einem Akt der Pietät Genüge geleistet werden müßte, denn es sei seit der letzten Konferenz das Beiratsmitglied Wlotzka aus Hindenburg (Oberschlesien) tödlich verunglückt. Wlotzka habe immer als Funktionär im Verbande und im Betriebe treu zur Sache des Verbandes gestanden; es sei zu bedauern, daß er den Gefahren des Bergbaues zum Opfer fallen mußte. Die Teilnehmer ehrten das Andenken nicht nur Wlotzkas, sondern auch aller Kameraden, die inzwischen gestorben sind, durch Erheben von den Sitzen.

Die provisorische Tagesordnung sieht folgende Verhandlungsgegenstände vor:

1. **Wirtschaftsüberblick** (Referent: Husemann);
2. **Gewerkschaften und Zollfrage** (Referent: Eggert, Berlin);
3. **Unsere Taktik bei Lohn- und Tarifbewegungen** (Referent: Martmöller);
4. **Die Genfer Verhandlungen betreffend Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen im Bergbau** (Referent: Schmidt);
5. **Die Generalversammlung in Breslau:**
   a) Tagesordnung, b) Statut, c) Wahlordnung, d) Sitzverlegung;
6. **Organisationsfragen:**
   a) Agitation, b) Berichterstattung über Rechtsschutz, c) Mitgliederbewegung und Beitragsfrage.
7. **Bildungsfragen.**

Nachdem die Tagesordnung genehmigt war, erstattete Kamerad Husemann folgendes Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Wirtschaftsüberblick.

Werte Kameraden! Als ich vor einem Jahre über die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1928 berichtete, habe ich besonders auf die Diskussionen verwiesen, die auf den Tagungen der Industriellen, der Wissenschafter und der Gewerkschaften über die Wandlungen des Wirtschaftssystems geführt wurden. Damals lautete das Generalthema: **Wirtschaftssystem,** während im Jahre 1929 über **Kapitalbildung** diskutiert wurde. Nicht nur der Reichsverband der deutschen Industrie und der Hansabund, also die beiden größten und aktivsten Unternehmerorganisationen, veröffentlichten hierzu Denkschriften und Reden, sondern der Begriff der Kapitalbildung stand auch, angeregt durch die Reparationserleichterungen des **Young-Planes,** im Mittelpunkt der finanzpolitischen Diskussion, die um den **Umbau des deutschen Steuersystems** geführt wurde. Dieser Kampf ist noch nicht beendet, denn der Young-Plan wird erst im Laufe der nächsten Wochen im Reichstag erörtert und verabschiedet werden. Im Anschluß daran wird bei den Beratungen des Reichsetats die Frage der Finanz- und Steuerreform zur Beratung stehen. Auch hierbei wird von den Anhängern der Unternehmer die Notwendigkeit der Kapitalbildung in den Vordergrund geschoben werden. Der Endkampf mit allen diesen Fragen steht also noch bevor. Wir müssen uns damit beschäftigen, den Dingen klar ins Gesicht zu sehen. Zweifellos ist der

Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft

in den letzten Jahren sehr groß gewesen. Es galt, den durch die Kriegswirtschaft erschütterten und durch die Fehlleitungen während der Inflationszeit teilweise falsch konstruierten deutschen Wirtschaftsapparat wieder auf die Höhe zu bringen. Man hat deshalb dafür das Wort **„Rationalisierungskapital"** geprägt. Im Inlande konnte der herrschende Kapitalbedarf bei weitem nicht befriedigt werden, so daß erhebliche Summen **im Ausland** aufgenommen werden mußten. Diese Bewegung setzte im Jahre 1924 nach Annahme des Dawes-Planes ein. Damals wurde uns die Dawes-Anleihe von 800 Mill. M. gewährt. Insgesamt kamen im Jahre 1924: 864, 1925: 1300, 1926: 1800, 1927: 1700, 1928: 1600 und im Jahre 1929: 377 Millionen Reichsmark an Auslandsanleihen herein. Auffallend ist der gewaltige Sturz von 1928 zu 1929 von 1600 auf 377 Millionen Reichsmark. Der Rückgang des letzten Jahres ist auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die von der **Beratungsstelle** gemacht worden sind. Es kommt aber auch in Frage, daß der Kapitalbedarf nicht mehr so stark war wie in den letzten Jahren vorher, und endlich kommt der Wandel in der Kapitalbeteiligung des Auslandes an der deutschen Industrie mit in Betracht.

Es bestehen grundsätzlich **zwei Möglichkeiten** für die deutsche Industrie, Auslandskapital hereinzunehmen. Es kann dafür die Form der **Anleihe** gewählt werden, dann wird dem Kreditgeber eine bestimmte **Sicherheit** gewährt werden müssen. Meistens werden die als Anleihe hereingenommenen Auslandsbeträge die Form von **Hypotheken** oder, wie es dort heißt, die Form von **Industrieobligationen** tragen. Diese Kreditnahme hat den Vorzug, daß sie dem Kreditgeber kein Recht auf die Führung des Unternehmens einräumt. Ihre Nachteile sind jedoch, daß das hereingenommene Geld unter allen Umständen **verzinst** werden muß, ganz gleich, ob das Unternehmen sich rentiert oder nicht, ob es Ueberschüsse abwirft oder mit Verlust abschließt. Ferner ist zu beachten, daß bei einem eventuellen Konkurs des Unternehmens erst die Hypothekengläubiger, also in diesem Falle die ausländischen Obligationäre, befriedigt werden, während erst an letzter Stelle der **Aktionär** als Eigentümer des Werkes Berücksichtigung findet. Die **zweite Form,** ausländisches Kapital hereinzunehmen, ist die sogenannte **Dauerbeteiligung,** d. h. die **Uebereignung von Aktien und Aktienpaketen** an ausländische Kapitalisten. Diese Form der Kreditnahme ist die **billigere,** denn wenn das Unternehmen keine Ueberschüsse aufweist oder gar mit Verlust abschließt, dann wird das zum Aktienkauf verwandte ausländische Kapital **nicht verzinst,** denn dann wird **keine Dividende** ausgeschüttet. Da heute der Zinsfuß für **Auslandsanleihen** im Durchschnitt höher liegt als die **Durchschnittsdividende,** so darf man wohl sagen, daß die **Dauerbeteiligung billiger** ist als die Obligationsschuld. Diese zweite Regelung hat aber auch den **Nachteil,** daß sie dem Ausländer ein Recht auf die **Führung des Unternehmens** einräumt.

Nun ist in der Industrie ein Streit darüber entbrannt, welche Form die erwünschtere sei. Auch wir als Gewerkschafter haben zu dieser Frage unsere Meinung zu sagen, denn wir alle wissen, daß das Schicksal des Industriearbeiters allerengstens verknüpft ist mit den Möglichkeiten und Methoden der Kapitalbeschaffung. In der Industrie stehen sich zwei Gruppen einander gegenüber: eine wird geführt von den **Ver. Stahlwerken A.-G.,** die durch ihren Direktor Sempell auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie die **Obligationsverschuldung** als die günstigere bezeichnen ließ. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Meinung ein abgewogenes Urteil darstellt, sondern man hat hier nur **nachträglich eine Methode verteidigen lassen,** die man vorher in der Praxis eingeschlagen hat, denn die Ver. Stahlwerke A.-G. haben bekanntlich größere Obligationsanleihen im Auslande aufgenommen. Herr Geheimrat **Bücher** von der AEG. vertrat den direkt entgegengesetzten Standpunkt und war der Meinung, daß der **Aktienverkauf** an das Ausland die günstigere Form der Finanzierung sei. Auch hier wiederum wohl deshalb, weil die AEG. große Aktienpakete an ausländische Bankenkonsortien veräußert hat.

Es ist zweifellos richtig, daß die Obligationsverschuldung die teurere Form ist, und wo die deutsche Industrie große **Zinsabgaben** sparen kann, dort soll sie es tun, damit um so größere Beträge freibleiben zur Erhöhung der **Arbeitslöhne.** Nicht zu verkennen ist die Einflußnahme des ausländischen Kreditgebers auf die **Führung des Unternehmens.** Worin äußert sich diese? In den Diskussionen haben die Gegner der ausländischen Dauerbeteiligung an der deutschen Industrie ins Feld geführt, daß ausländische Unternehmer Aktienpakete von deutschen Firmen erwerben würden, um diese dann stillzulegen und somit für ihre heimischen Produkte mehr Absatz zu haben. Sie wissen, daß das größte deutsche Automobilunternehmen, die **Opelwerke,** von dem zweitgrößten amerikanischen Autotrust, der General Motors Co., aufgekauft worden sind, daß ebenso der größte deutsche **Elektrotrust,** die AEG., stark unter ausländischem Einfluß steht und daß in der **Kugellager-** und auch in der **Schloßindustrie** das Auslandskapital überwiegt. Sollte die hier ausgesprochene Befürchtung wahr werden, sollte beispielsweise die General Motors Co. dazu übergehen, die Opelwerke stillzulegen, um dafür amerikanische Wagen zu vertreiben, so müßte zweifellos das nächste sein, daß der **Einfluß des Staates auf die Betriebsstillegungen** erweitert würde. Diese Befürchtungen sind, wie gesagt, bisher noch nicht zur Tatsache geworden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß ausländische Kapitalisten ein deutsches Unternehmen stillegen, solange es noch rentabel arbeitet. Arbeitet es nicht mehr rentabel, dann ist seine Existenz sowieso in Frage gestellt. Es sind ja auch deutsche Kapitalisten, die dann zur Stillegung schreiten. Im übrigen ist es ja so, daß der Arbeiter dem Besitzer des Unternehmens in einer Interessenfront gegenübersteht, die mit seiner nationalen Zugehörigkeit nichts zu tun hat. Es ist eine der vielen Eigenarten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, daß der Besitzer der Produktionsmittel, also der Besitzer der Rohstoffe, Maschinen usw., auch Gewalt über den arbeitenden Menschen bekommt. Er setzt die Löhne, die Arbeitszeit und den Warenpreis fest. Er bestimmt über Einstellung und Entlassung. Dagegen kämpft ja bekanntlich die freie Gewerkschaftsbewegung an, indem sie diese Rechte des Unternehmers über den arbeitenden Menschen beschneidet und die Verwaltung seines Schicksals einem anderen und besseren Treuhänder zum Teil schon übereignet hat und noch mehr übereignen will. Diesen Kampf wird die Arbeiterschaft immer zu führen haben, ganz gleich, welcher Nationalität die Besitzer des Unternehmens sind. Aus allen diesen Gründen halten wir im Augenblick **die Beteiligung des Auslandskapitals durch Uebereignung deutscher Aktien für das kleinere Uebel.**

Aus der Tatsache, daß im Jahre 1929 nur 377 Millionen im Ausland aufgenommen worden sind, ist nicht zu schließen, daß wir heute schon auf die ausländische Kapitalhilfe verzichten können. Die **Bauwelt** spürt ja ganz deutlich, wohin die Sperre für Auslandsanleihen geführt hat. Die

fast 3 Millionen Arbeitslosen

in Deutschland reden eine nur zu deutliche Sprache. Es wird deshalb nicht nur versucht werden müssen, die erwähnten Hindernisse niederzulegen, sondern es gilt auch, der **inländischen Kapitalbildung** vollstes Augenmerk zuzuwenden. Einige wichtige Posten der Kapitalbildung sind uns bis in die letzte Zeit hinein bekannt. Der Leiter des Statistischen Reichsamts, Herr Professor **Wagemann,** errechnet die sichtbare

Kapitalbildung im Jahre 1929 auf 9 Milliarden Reichsmark

und Herr Professor **Prion** errechnet in der Wirtschaftszeitung „Die Bank", daß durch **Selbstfinanzierung** für Neubauten, Anlagebauten, Betriebsinvestitionen ohne Inanspruchnahme von Krediten also aus dem **Betriebsgewinn, vor der Dividendenzahlung jährlich 2 bis 2,5 Milliarden Mark** aufgewendet würden. Außerdem kommt Professor Prion auch auf eine jährliche Kapitalbildung von 8 bis 9 Milliarden Mark. Ferner denke ich an die Einlagenbestände in den deutschen **Sparkassen.** 1913 lagen in den deutschen Sparkassen als Spar- und Giroguthaben 19,7 Milliarden Reichsmark oder auf den Kopf der Bevölkerung 291,40 M. Im November 1929 betrug der Einlagenbestand an Spar- und Giroguthaben 10,2 Milliarden Reichsmark oder pro Kopf der Bevölkerung 159,30 M. Diese Summe macht rund 61 Prozent des Vorkriegseinlagebestandes aus. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sich die für 1913 angegebene Zahl auf den damaligen Gebietsumfang des Reiches bezieht, so daß die wirkliche Prozentziffer noch erheblich höher liegt. Nun ist bestimmt nicht zu verkennen, daß ein großer Teil dieser Spareinlagen aus Aufwertungen stammt, daß die Kommunen größere Beträge deponiert haben mögen und daß große Teile sich aus der nicht privaten Arbeiterschaft rekrutieren dürften. Wir kommen aber auch an der Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute schon in recht erfreulichem Umfange die Spartätigkeit übt, nicht vorbei.

In unseren **lohnpolitischen Erwägungen** werden wir auch künftig mit dieser Tatsache stärker als bisher zu rechnen haben, jedoch nicht etwa in dem Sinne, daß uns dadurch unser Kampf erschwert werden könnte, denn das soziale Moment spielt ja heute in der lohnpolitischen Diskussion nicht mehr die Rolle wie in früheren Jahren und Jahrzehnten.

Die Arbeiterschaft fordert heute mit Recht höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeiten,

weil sie als wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben am Wachstum der deutschen Wirtschaft mit beteiligt sein will. Die Durchsetzung ihrer Forderungen wird ihr immer um so leichter fallen, je besser ihren gewerkschaftlichen Vertretern der Nachweis gelingt, daß das Unternehmen oder der Industriezweig in der Lage ist, die entstehende Mehrbelastung zu tragen. Die Unternehmer haben bisher den

Kampf gegen höhere Löhne

vornehmlich durch das Argument gespeist, die deutsche Wirtschaft könne sich einen durch Lohnerhöhung gesteigerten Konsum nicht leisten, sondern das erste Erfordernis sei die Kapitalbildung. Wenn nun die steigenden Einlagenbestände auf den Sparkassen die Gewähr dafür geben, daß eine Kapitalbildung in recht reichlichem Umfange auch unten möglich ist, dann ist zwischen hohen Löhnen und gesteigerter Kapitalbildung kein Widerspruch mehr zu entdecken. Das haben anscheinend unsere Unternehmer sehr schnell begriffen, denn im vergangenen Jahre richtete sich ihre Kampfpropaganda in ebenso hohem Maße gegen beabsichtigte Lohnerhöhungen wie auch gegen die Spartätigkeit der Arbeitnehmerschaft.

Den Reigen bei diesem Kampf eröffnete Peter **Klöckner,** der auf der Generalversammlung seiner Werke die Behauptung aufstellte, **die Spareinlagen der Arbeitnehmerschaft seien überhaupt keine Kapitalbildung.** Klöckner wurde von allen vernünftigen Menschen, auch in der demokratischen Handelspresse, wegen dieser Aeußerung einfach **ausgelacht.** Es besteht darüber erfreulicherweise keine Meinungsverschiedenheit mehr, daß die Spareinlagen wirklich einen sehr wichtigen Posten der deutschen Kapitalbildung darstellen. Selbst die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", also ein Organ, das Herrn Peter Klöckner nahesteht, wußte keine bessere Entschuldigung für die Klöcknersche Entgleisung vorzubringen als die, daß man dieses Wort **nicht auf die Goldwaage** legen dürfe, denn Herr Klöckner rede ja nur einmal im Jahre! Peter Klöckner hat nur das ausgesprochen, was alle seine Klassengenossen mit ihm fühlen, nämlich die Antipathie gegen die Spartätigkeit der Arbeitnehmerschaft. Der Reichsverband der deutschen Industrie und der Hansabund haben in den von mir schon erwähnten Denkschriften erklärt, daß die Spartätigkeit ein durchaus erfreulicher Posten in der Kapitalbildung sei, daß sie aber **die im Augenblick nicht erwünschte Form** darstelle. Auf der Berliner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie im Dezember vorigen Jahres begründete dies Herr Generaldirektor **Silverberg** noch des näheren, indem er dem Sinne nach ausführte, die gesteigerte Anlagetätigkeit auf den deutschen Sparkassen sei ein erfreuliches Zeichen besonders auch deshalb, da sie durch eine Erweiterung der deutschen Einkommen möglich geworden sei. Silverberg argumentierte aber weiter und sagte, die auf den Sparkassen lagernden Gelder kommen der Industrie entweder **gar nicht** oder nur **auf Umwegen** zugute. Hierzu möchte ich sagen, daß die Behauptung, die Spargelder kämen der Industrie nicht zugute, **vollkommen falsch** ist. Jedes Kind weiß doch, daß kein Sparkassendirektor die ihm anvertrauten Gelder im Geldschrank liegen lassen kann, sondern daß er sie irgendwo anlegen muß. Dieses ist doch nur bei der **Wirtschaft** möglich, folglich kommen sie ihr auch zugute. Silverberg hat allerdings recht, wenn er sagt, sie kämen der Wirtschaft **nur mittelbar** zugute. Das aber ist bei allen Wirtschaftserträgnissen der Fall, die einmal aus der Hand des Unternehmers abgegeben worden sind. **Auch der hohe Lohn kommt der Wirtschaft nur mittelbar zugute,** weil durch ihn Kaufkraft, Absatz und Produktion steigen. War es doch der bereits erwähnte Geheimrat **Bücher,** der bereits 1927 sagte, **daß es den Gewerkschaften zu verdanken sei,** daß die Löhne erhöht wären und **damit die Kaufkraft der Massen gestärkt** und schließlich die Produktion und der Wohlstand der an ihr Beteiligten erhöht worden sei. Durch diese Mittelbarkeit bekommt ja jegliches Wirtschaften erst seinen Sinn. Die Antipathie der Industriellen gegen die Spareinlagen der Arbeitnehmerschaft hat jedoch **andere Gründe.** Es ist diesen Herren selbstverständlich nicht unbekannt, daß die Sparkassen bei ihrer Kreditgewährung in erster Linie kommunale und öffentliche Körperschaften berücksichtigen. **Kommunaler oder genossenschaftlicher Eigenbesitz ist aber unseren Industriellen ein Dorn im Auge,** denn er verkörpert für sie das

Schreckgespenst der kalten Sozialisierung.

Aus diesen Gründen wenden sie sich gegen die Spartätigkeit. Wohin würden wir jedoch **lohnpolitisch** geraten, wenn die Auffassung der Unternehmer in bezug auf die Spartätigkeit allgemein gutgeheißen und die Arbeiterschaft die Lehren der Unternehmer befolgen würde? Wird der Lohn restlos zum Warenkauf verwandt, dann hat das Unternehmertum die Begründung zur Hand: **„Kapitalbildung** ist eine Notwendigkeit. Die Arbeitnehmerschaft bildet kein Kapital, infolgedessen muß jeder Lohnerhöhung entgegengewirkt werden." Wir haben alle Ursache, uns in diesen Unglückskreis nicht hineinmanövrieren zu lassen.

Wie stellen sich nun unsere Unternehmer die Kapitalbildung vor? Sie wollen den **Zinssatz** gesenkt wissen. Darin kann man sie nur unterstützen. Wir haben selbst nach der jetzt erfolgten Senkung des Reichsbankdiskonts von 6,5 auf 6 Prozent den höchsten Zinssatz zu verzeichnen. Die Diskontsätze in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Holland, Schweiz, Belgien und Schweden stehen erheblich unter dem Reichsbankdiskont in Deutschland. Nur Oesterreich, Polen und Rußland haben heute ein höheres Zinsniveau als wir in Deutschland. Daß die Wirtschaftskonjunktur vom Zinssatz her entscheidend zu beeinflussen ist, kann nicht bezweifelt werden. Der **Mietpreis der Wohnungen** und damit die Baulust hängt in hohem Maße von der Verzinsungssumme das Baukapitals ab. Der Preis aller Güter des täglichen Bedarfs enthält den Zinsbetrag, der notwendig war, um die Ware auf Lager nehmen zu können usw. Wir sind also in dem Ziel, niedrigere Zinssätze zu erreichen, mit den Unternehmern einig, nur gehen die Wege, die zu gehen sind, direkt auseinander.

Die deutschen Unternehmer sind bestrebt, die Löhne und teilweise auch die Dividende so niedrig wie möglich zu halten, damit alle **erforderlichen Neuerungen im Unternehmen aus laufenden Ueberschüssen erstellt** werden können. Sie brauchen dann den Kreditmarkt nicht mehr in Anspruch zu nehmen, es verringert sich dort die Nachfrage, und dadurch wird die sinkende Zinstendenz erzeugt. Diese Methode bedeutet jedoch, der Selbstfinanzierung Tür und Tor zu öffnen. Es ist das beileibe **keine Theorie,** sondern unsere Unternehmer haben diese Methode schon längst in die **Praxis** umgesetzt. Ich sagte ja schon, daß Professor Prion

die Aufwendungen durch Selbstfinanzierung auf ungefähr 2 bis 2,5 Milliarden Mark im Jahre

errechnet hat. Wir brauchen ja nur einmal an die Auseinandersetzungen an der Ruhr und in Mitteldeutschland um die Abschreibungen zu denken; wir wissen ja, daß, wenn diese Abschreibungen zu hoch bemessen werden, sie eben einen erheblichen Posten der Selbstfinanzierung darstellen. In der Tat sind während der letzten Jahre die

Abschreibungen und auch die offen ausgewiesenen Reserven

ganz gewaltig gestiegen. Wir brauchen uns da nur mal die Entwicklung in der mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlenindustrie zu betrachten. Bei den 18 größten mitteldeutschen Braunkohlengesellschaften betrugen die Abschreibungen insgesamt im Jahre 1925: 22,8, 1926: 27,1, 1927: 31,1 und 1928: 37,7 Millionen Mark. An Reserven wiesen diese 18 Unternehmungen aus: 1925: 37,7, 1926: 38,7, 1927: 41,1 und 1928: 41,7 Millionen Mark. Bei den vier größten Unternehmungen im rheinischen Braunkohlenbergbau betrugen die Abschreibungen im Jahre 1926: 8,6, 1927: 10,5 und 1928: 11,5 Millionen Mark. An offenen Reserven wiesen dieselben vier Gesellschaften im Jahre 1926: 19,3, 1927: 21,9 und 1928: 24,2 Millionen Mark aus. Wir sehen also, daß die Reservebildung im Braunkohlenbergbau von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Zu bedenken ist dann noch, daß diese Gesellschaften zu einem erheblichen Teil auch noch ganz nennenswerte **Dividenden** verteilt haben. Die Rheinische Braunkohlen-A.-G. des Herrn Direktor Silverberg zahlt **Jahr für Jahr 10 Prozent**

Dividende aus. Es sind dieses nur **Beispiele**, die sich auch aus dem Steinkohlenbergbau beliebig vermehren lassen.

Wir haben über die Auswirkung von Selbstfinanzierungsmaßnahmen schon einige praktische Erfahrungen sammeln können. Diese Methode betrieblicher Wirtschaftsführung verleitete nur zu leicht zur **Nachlässigkeit in der Kalkulation.** Der Industrielle, der sich zur Beschaffung des erforderlichen Kapitals an den Geldmarkt wenden muß, wird ganz anders kalkulieren als der, der **aus eigenen Mitteln** seine Werke modernisieren oder erweitern kann. Hier speziell hat uns **Dr. Silverberg** ein Beispiel geliefert, das gerade **nicht als Empfehlung der Selbstfinanzierung** wird aufgefaßt werden können. Der größte reine Kohlenkonzern des Ruhrgebiets, die **Harpener Bergbau-A.-G.**, deren Aufsichtsratsvorsitzender er ist, hat Schächte auf das modernste ausgebaut und sie dann plötzlich stillgelegt. Ich darf wohl auch an den charakteristischen Satz im Schmalenbach-Gutachten über den Ruhrbergbau erinnern, wo gesagt wird, daß man moderne Kokereien abgebrochen habe, um sie durch noch modernere ersetzen zu können. Das sind die Zustände, die dann einreißen, **wenn der Techniker über den Kaufmann siegt.** Die Methode der Selbstfinanzierung ins Allgemeine übertragen, führt dazu, daß wir eine **technische Wunderwelt** bekommen, daß daneben aber **das große Heer der Arbeitnehmerschaft an den gesteigerten Erträgnissen der Wirtschaft nicht teilnehmen kann.** Hat doch mit Recht der Schriftleiter des „Hamburger Wirtschaftsdienstes", Dr. Hans Wesemann, darauf hingewiesen, daß die Erweiterung industrieller Anlagen durch neue Kapitalbildung **nicht zur erhöhten Heranziehung menschlicher Arbeitskraft** an Stelle von Maschinen führen würde. Jede neue Anlage hat bisher noch gezeigt, daß Maschinenkräfte Menschen ersetzen und daß das

Heer der Erwerbslosen nicht kleiner, sondern größer geworden ist.

Aus allen diesen Gründen müssen wir den Bestrebungen der Unternehmerwelt, die gesteigerte Selbstfinanzierung zu propagieren, energisch entgegentreten. Letzter Sinn der Wirtschaft muß doch sein, die Massen des Volkes ausreichend zu ernähren und nicht eine glanzvolle technische Apparatur zu schaffen, die keine Ausnutzung und Verwendung findet.

Der **sinkende Zinssatz** ist auch auf dem Wege der Verstärkung des Angebots zu erreichen. Hierbei bilden die **Spareinlagen** einen wichtigen Posten. Man kann also sagen, daß die Summen, die nicht restlos zum Verzehr verwandt werden, sondern den Sparkassen zufließen, über den niedrigen Zinssatz zu einer Belebung der Wirtschaft beitragen.

Ich glaube aber auch, daß es **aus reparationspolitischen Erwägungen** gut ist, alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Stärkung der inländischen Kapitalbildung abzustellen. Ihnen ist ja auch bekannt, daß das vergangene Jahr auch eine Neuregelung der deutschen Reparationsschuld gebracht hat. Der **Dawes-Plan** von 1924 ist durch den **Young-Plan** abgelöst worden oder er soll wenigstens abgelöst werden, sobald die Parlamente der vertragschließenden Länder zugestimmt und der Young-Plan mit seinen Anlagen ratifiziert worden ist. Den deutschen Unterhändlern ist es in langwierigen und schwierigen Verhandlungen gelungen, endlich eine feste Begrenzung unserer Schuldenzahlung sowie deren Ermäßigung von 2,5 auf 2 Milliarden während der nächsten 37 Jahre zu erreichen. Darüber hinaus ist auch der schlecht konstruierte Wohlstandsindex beseitigt und die **Befreiung der Rheinlande** erreicht worden. Wenn wir dieses alles begrüßen, so darf uns das doch nicht über die betrübliche Tatsache hinwegtäuschen, daß

die deutschen Reparationszahlungen immer noch außerordentlich hoch

sind. Es gilt nun, alljährlich im Durchschnitt der ersten 37 Jahre ein Devisenpaket von 2 Milliarden Mark an die Internationale Zahlungsbank in Basel zu überweisen. Die Beschaffung dieser Devisen ist nur möglich, wenn es uns gelingt, **dauernd Exportüberschüsse** zu machen. Die deutsche Handelsbilanz hat sich ja während des letzten Teiles des Jahres 1929 günstiger gestaltet als vorher. Gesteigerte deutsche Warenausfuhr schafft jedoch in den Ländern, die den Krieg gewonnen haben, Arbeitslosigkeit, weil durch die deutschen Exporte ihnen die Absatzgebiete geschmälert werden. Ich glaube, daß diese Tatsache unsere Reparationsgläubiger in späteren Jahren veranlassen wird, zu einer **weiteren Revision** auch des Zahlungsschemas nach dem Young-Plan einverstanden zu sein. Es dürfte darüber kaum noch eine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß der Young-Plan sich in der Folgezeit ebenso abänderungsbedürftig herausstellen wird, wie es bei dem Dawes-Plan der Fall gewesen ist. Für neue Verhandlungen gilt es früh genug zu rüsten. Die deutsche Delegation wird um so stärker sein, je unabhängiger wir vom ausländischen Kapitalmarkt sind. Ich darf hierbei an die Pariser Reparationsverhandlungen erinnern und darauf hinweisen, daß, als die Konferenz zu scheitern drohte, alle Banken des ehemaligen europäischen feindlichen Auslandes ihre in Deutschland kurzfristig angelegte Guthaben kündigten. Die **Reichsbank** mußte, um die Kapitalflucht einzudämmen und Auslandskapital heranzuziehen, den Reichsbankdiskont um 1 Prozent erhöhen, wodurch die damals schon vorhandene Wirtschaftskrise nur noch weiter verschärft wurde. Das Ausland hatte hier gezeigt, wie schwach die deutsche Kapitaldecke noch ist, und daß Deutschland sich eine zu weit getriebene Prestigepolitik nicht leisten kann. Auch aus diesen Gründen gilt es, der **inländischen Kapitalbildung** alle Förderung angedeihen zu lassen, wobei aber immer wieder betont werden muß, daß im Streit darum, **wer** nun die Kapitalbildung vorzunehmen habe, wir **Gewerkschafter** dafür eintreten, daß **Kapitalbildung von unten auf immer mehr ermöglicht** werden muß. Ich möchte dieses die **volkswirtschaftliche Kapitalbildung** nennen, während die sogenannten Wirtschaftsführer Dr. Silverberg usw. **Privatwirtschaftlichkeit** erstreben, um dadurch auch natürlich **ihren Einfluß in Staat und Gesellschaft** immer mehr zu verstärken. Sie, die Unternehmer, möchten, wie es die „Kölnische Volks-Zeitung", das führende Organ der rheinischen Zentrumspartei, vor Jahren einmal schrieb, für sich eine größere Rolle anstreben, vielleicht eine Rolle, wie sie der Staat spielt. Wir wollen und müssen uns aber dafür einsetzen, daß der Einfluß der öffentlichen Wirtschaft auf allen Gebieten immer mehr und mehr verstärkt wird, und müssen natürlich auch dafür sorgen, daß diese öffentliche Wirtschaft sich in Händen befindet, die mit diesem Pfand richtig umzugehen wissen.

Und nun, werte Kameraden, gestatten Sie mir, nach diesen allgemein wirtschaftspolitischen Darlegungen einen Ueberblick über

die Lage im deutschen Bergbau

zu geben. Die **Kohlenförderung** des vergangenen Jahres hat mit 163,4 Mill. To. Steinkohle und 175,2 Mill. To. Braunkohle einen **Rekordstand** erreicht. Auch die **Koksproduktion** ist ebenfalls mit 38,6 Mill. To. auf eine Höhe gekommen, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Das Ansteigen der Koksproduktion wird speziell bei künftigen Auseinandersetzungen bei Lohn- und Arbeitszeitbewegungen unserseits starke Berücksichtigung finden müssen. Sie wissen ja, daß die Bergbauunternehmer stets behaupten, der Kohlenbergbau sei unrentabel, **Gewinne** würden **nur durch die Nebenproduktion** erzielt. Wenn dieser Satz richtig wäre, so müßten mit der gesteigerten Nebenproduktion auch gestiegene Gewinne verbunden sein, um deren Verteilung zwischen Unternehmer und Bergarbeiter auch in diesem Jahre Kämpfe zu führen sein werden. Der größte Teil der gestiegenen Förderung ist **im Inlande** abgesetzt worden. Die **Steinkohlen- und Koksausfuhr** zeigt zwar eine leichte Steigerung, aber sie ist bei weitem nicht so groß, wie das im Jahre 1929 erzielte Förderplus. Diese Tatsache ist insofern bedeutungsvoll, als dadurch die Kohlenunternehmungen in den Genuß der **höheren Inlandspreise** gekommen sind. Vom Inlande gehört ja nur ein verhältnismäßig kleiner Teil zum bestrittenen Gebiet, während das Ausland durchweg Konkurrenzgebiet ist. Aber auch in den **Kampfgebieten** haben die **Preise angezogen,** was aus der Steigerung des englischen Kohlenausfuhrwertes von 15,92 M. im Januar auf 16,51 M. je Tonne im September 1929 ersichtlich ist.

Alle deutschen Reviere waren an der im Jahre 1929 gesteigerten Kohlenproduktion beteiligt. Infolgedessen sind im Laufe des Jahres auch in allen Revieren **Belegschaftsauffüllungen** erfolgt. So wurden vom Januar bis Dezember im **Ruhrgebiet** 17 707, in **Oberschlesien** 3760, in **Niederschlesien** 720, in **Sachsen** 270 und im **Aachener** Revier 1421 Arbeiter angelegt. Aehnlich liegen die Verhältnisse im Braunkohlenrevier. Anfang 1929 standen die Belegschaftsziffern jedoch sehr tief, worauf es zurückzuführen ist, daß in Deutschlands größtem Kohlengebiet dem Ruhrrevier, die **Durchschnittsbelegschaftsziffer** des Jahres 1929 erheblich unter der des Jahres 1928 liegt. Noch im Frühjahr 1929 versuchten die Unternehmer, vor allen Dingen des Ruhrbergbaues, eine gesteigerte Kohlenförderung durch **Ueberschichten** zu erreichen. Wir haben ihnen im Reichskohlenrat den Nachweis erbringen können, daß die Fördersteigerung am besten durch Neuanstellungen erreicht werden könnte. Diesen unseren Rat hat man, wie vorstehende Zahlen zeigen, auch befolgt. Die gestiegene Förderung hat trotz der Neueinstellungen mit sich gebracht, daß die **Leistung je Mann und Schicht** in allen Revieren weiter gestiegen ist. Sie betrug im Oktober 1929 — das ist die letzte bisher vorliegende Ziffer — im Ruhrgebiet je Mann und Schicht der Gesamtbelegschaft 36 Prozent, in Oberschlesien 22 Prozent, in Aachen 26 Prozent und in Niederschlesien 24 Prozent mehr als im letzten Vorkriegsjahr 1913.

Die Löhne sind im Jahre 1929 in allen Revieren gestiegen. Wir haben 67 **Lohnbewegungen** geführt, von denen 57 mit einem Erfolg abgeschlossen werden konnten. Durch **Vereinbarung** wurden davon 46 Bewegungen abgeschlossen, während 15 durch **Schiedsspruch** ihre Erledigung fanden. Wir hätten natürlich gern ein stärkeres Ansteigen der Löhne gewünscht und haben uns auch dafür mit aller Kraft eingesetzt. Wenn nun im vergangenen Jahre die Lohnausbeute verhältnismäßig kleiner gewesen ist und die Rentabilität der Werke sich sehr gebessert hat, so ergibt sich, daß uns das **laufende Jahr** in vielen Revieren **harte Kämpfe** um eine größere Beteiligung der Bergarbeiterschaft an der deutschen Bergbauwirtschaft bringen wird.

Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats hat im vergangenen Jahre ungefähr den Höchststand des Vorjahres erreicht. Der lange und strenge Winter wirkte sich ungünstig im Frühjahrsgeschäft aus und die lange Dürre im Sommer beeinträchtigte stark das Herbstgeschäft. Wenn trotzdem die hohe Produktionssumme des Vorjahres annähernd erreicht wurde, so hauptsächlich, weil ein verstärkter Absatz auf den **Auslandsmärkten** festgestellt werden kann.

Der Erzbergbau hat nach wie vor mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir werden auch im laufenden Jahre alles tun müssen, der in diesem Zweig des deutschen Bergbaues beschäftigten Arbeitnehmerschaft ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Dasselbe gilt von unseren Kameraden im **Schieferbergbau.** Dieser hat teilweise unter der sehr starken Auslandskonkurrenz zu leiden. Nun noch einige Worte über

das Saargebiet.

Nach dem Versailler Vertrag soll das Saargebiet durch eine im Jahre 1935 stattfindende Volksabstimmung entscheiden, ob es ein Völkerbundsstaat bleiben oder zu Frankreich oder zu Deutschland gehören will. Kein Kenner der Verhältnisse zweifelt daran, daß die Saarbevölkerung in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit **für Deutschland** stimmen wird. Deutschland müßte dann die Saargruben zurückkaufen und sie dem preußischen und bayerischen Staate zurückgeben. Nun ist im Verlaufe der Konferenzen von Paris und Haag auch eine **vorzeitige Rückgabe** des Saargebiets erwogen worden. Verhandlungen zwecks Rückgliederung des Saargebiets sind bereits im Gange. Es sind Bestrebungen im Gange, die jetzigen Saargruben, die von Frankreich verwaltet werden, in den Besitz einer **internationalen Gesellschaft,** an der deutsches und französisches Kapital beteiligt ist, zu überführen. Tief bedauerlich ist es, daß es auch in Deutschland politische und wirtschaftliche Kreise gibt, die mit diesem Gedanken sympathisieren. Ich kann nur erklären, **daß wir uns bis zum Letzten gegen derartige Pläne zur Wehr setzen werden.** Wir wollen das Saargebiet dem Deutschen Reiche und die Saargruben dem preußischen und bayerischen Staate zurückgegeben wissen und können unsere Hand niemals zu **Konzessionen** bieten, die nicht auf dieser Linie liegen. Wir können und werden nicht damit einverstanden sein, daß dieser alte Teil des preußischen Staatsbergbaues und damit der öffentlichen Wirtschaft in die Hände internationaler privatkapitalistischer Kreise gelangt. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete der **Wirtschaftsbeziehungen** zwischen dem Saargebiet und Französisch-Lothringen ist und wird möglich sein, **auf dem Gebiete der Entstaatlichung des Saarbergbaues jedoch nicht.** Wir wissen uns in dieser Frage nicht nur mit den Bergarbeitern, sondern der **gesamten Bevölkerung**

Die Neuwahl der Betriebsräte.

Bekanntlich müssen in jedem Betrieb mit der im Gesetz erforderlichen Arbeitnehmerzahl alljährlich die Betriebsräte erneut gewählt werden. Diese Wahlen finden für den Bergbau im Monat März statt. Freilich wird schon jetzt in allen Lagern gearbeitet, um Stimmung für die Wahl und ihre Liste zu machen. Dabei können es gewisse „Auch-Arbeitervertreter" nicht übers Herz bringen, von einem gehässigen Kampf gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte Abstand zu nehmen. Die Kommunisten haben es gerade in diesem Jahre darauf abgesehen, anläßlich der Betriebsrätewahl die freien Gewerkschaften zu bekämpfen. Es kommt den KPD.-Leuten nicht darauf an, daß geeignete, erfahrene Arbeiter zu Vertretern der Belegschaft gewählt werden; von Wichtigkeit ist ihnen vielmehr, daß willfährige, gedankenlose Stalinanbeter an deren Stelle treten. Ueberall dort, wo die KPD. auf Grund der üblen Hetze, der Lüge und Verleumdung in den Betrieben bei den vorjährigen Wahlen Einfluß gewinnen konnte, stellte sich nach einigen Wochen heraus, daß die gewählten Kommunisten unfähig waren, das ihnen anvertraute Amt auszufüllen. Wir erinnern nur an die Nachwahl, die aus diesem Grunde auf dem Bochumer Verein und bei den Leuna-Werken eingeleitet werden mußte. Solche Vorgänge sind für

das Ansehen der Arbeiterschaft

sehr bedauerlich und schädlich. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade dort, wo die Opposition herrscht, die **fürchterlichsten Zustände** im Betrieb zu finden sind. Ohne Aufklärung und Hilfe der Gewerkschaften sind solche Betriebsräte willkommene Leute der Unternehmer. Demgegenüber steht fest, daß gerade der Bergbauindustriearbeiterverband auf arbeitsgerichtlichem Wege von den Unternehmern eine ganze Anzahl greifbarer Vorteile für den einzelnen Arbeiter erkämpft hat. Wenn selbst der verbissenste Kommunist noch einen Funken Ehrlichkeitsgefühl besitzt, muß er zugeben, daß der Bergbauindustriearbeiterverband den Bergleuten einen **gesicherten Urlaubsanspruch** errungen hat. Noch heute versucht der Arbeitgeber mit allen Mitteln, sich vor der Erfüllung seiner Pflichten zu drücken. In den Betrieben, wo die Kommunisten tonangebend sind, wird dem Arbeitgeber der geringste Widerstand geboten. Darum haßt er auch den gewerkschaftlich im Bergbauindustriearbeiterverband organisierten Betriebsrat und begünstigt die Wahl von Kommunisten, Hakenkreuzlern, Gelben und Christlichen. **Der Arbeitgeber hat auch nach dem zehnjährigen Bestehen des Betriebsrätegesetzes den Kampf gegen dieses Gesetz nicht aufgegeben.** Die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Betriebsräte ist ihm ein Dorn im Auge. Darum versucht er, durch Züchtung von Gelben die im Gesetz verankerten Rechte illusorisch zu machen, und begünstigt ebenfalls die Wahl von Kommunisten, weil er weiß, daß damit die Voraussetzungen geschaffen sind, um die Bergarbeiterschaft in die alte Abhängigkeit zurückzuführen. Da die Kommunistische Partei nur Anhänger hat, die noch vollständig im Banne der bürgerlichen Ideologie leben, muß eine Herrschaft der Kommunisten von kurzer Dauer sein. Dies weiß auch der reaktionäre Kapitalist. Er fürchtet daher nur den ruhig denkenden gewerkschaftlich geschulten Arbeiter, der weniger Phrasen drischt, dafür aber um so entschiedener und bewußter die Rechte der Arbeiter vertritt. Die Bergarbeiter haben darum auf der Hut zu sein.

Daß gerade augenblicklich die KPD. einen wahnsinnigen Kampf im Verein mit allen reaktionären Elementen gegen die freien Gewerkschaften führt, sollte der Arbeiterschaft zu denken geben. Ist in den Nachkriegsjahren doch schon unzählige Male festgestellt worden, daß diejenigen Leute, die am radikalsten auftreten, bezahlte Agenten des Kapitals sind. Welcher Arbeiter will bei der Unbeständigkeit der kommunistischen Leitung dafür Bürge sein, daß die jeweils herrschende Gruppe es ehrlich mit der Arbeiterschaft meint? Tag für Tag geht

eine Schlammflut von Lüge und Verleumdung

durch die Presse, um die Gewerkschaften bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen. Der Zechenverband kann sich keine bessere Organisation wünschen, die die Aufgabe hat, die Einigkeit der Bergarbeiter zu unterbinden. Sollte diese Arbeit von den kommunistischen Arbeitervertretern tatsächlich ganz umsonst geschehen, dann ist die Knechtseligkeit wirklich zu bewundern. Die Kommunisten machen Opposition gegen die Gewerkschaften und nennen sich selbst oppositionelle Kommunisten. Hiermit charakterisieren sie sich selbst und geben der Arbeiterschaft zu erkennen, mit welchen Leuten man es zu tun hat. Mit keinem Wort wehren sie sich gegen die Entrechtungsmaßnahmen und Versuche der Kapitalisten, sondern schimpfen um so mehr gegen die Verbandsleitung. Wie es eine Organisation aber fertigbringen soll, wirksam für die Arbeiterschaft arbeiten zu können, wenn von allen Seiten Angriff auf Angriff erfolgt, das Vertrauensverhältnis zwischen Verbandsleitung und den Mitgliedern erschüttert wird, bleibt das Geheimnis der kommunistischen Schlagworthelden. Selbst die christlichen Gewerkschaften suchen aus dem Kampf, den die freien Gewerkschaften nach allen Seiten zu führen haben, sich Vorteile auf echt „christliche" Art zu ergattern. Bringt doch „Der Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, in seiner Nummer vom 3. Februar d. J. einen Artikel mit der Spitzmarke: „Betriebsrätewahl und Parteikampf". In diesem Artikel wird eine Reihe von Wahlen aufgeführt, wo es den Kommunisten gelang, Einfluß zu gewinnen. Ob die Angaben über die Wahlergebnisse richtig sind, mag dahingestellt bleiben. Unverschämt ist es jedoch von einem Organ der „christlichen" Gewerkschaften, folgendes zu schreiben:

„Angesichts dieser Beweise (Wahlergebnisse — Red.), die zeigen, daß der Einfluß der Sozialdemokratie in der offiziellen Führung in den freien Gewerkschaften immer mehr unter den Massen der Arbeiter zurückgeht, mutet es seltsam an, daß es die sozialdemokratische Presse auch heute noch fertigbringt, zu behaupten, nur die Wahl eines reformistischen Betriebsrates könne den Interessen der Arbeiterschaft dienen."

Ueber den Einfluß der Sozialdemokratie in den freien Gewerkschaften mögen sich „Der Deutsche" und alle „christlichen" Gewerkschaftsführer den Kopf nicht zerbrechen. Besser wäre es schon, mal darüber nachzudenken, wie stark der Einfluß der „christlichen" Kapitalisten und Volksausbeuter wie Thyssen und Klöckner in den „christlichen" Gewerkschaften ist. Wir sind davon überzeugt, daß diese Kapitalshyänen einen sehr starken Einfluß in den „christlichen" Verbänden haben. Ob da der Hinweis, die Arbeitnehmer dürften nur die Kandidaten der „christlichen" Gewerkschaften wählen, wenn sie eine gute Interessenvertretung wollen, richtig ist, erscheint unseres Erachtens sehr zweifelhaft. Ueber Parteikampf kann sich „Der Deutsche" sehr gut im Organ des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter unterrichten. Dort sind so „schöne" Artikel abgedruckt, die das Verhältnis der „christlichen" Führer untereinander aufs beste aufzeigen. Die freien Gewerkschaften sind jedoch tatsächlich frei und in keiner Weise mit irgendeiner Partei verquickt. Die freien Gewerkschaften lehnen es auch ab, sich von den Kommunisten befehlen zu lassen oder auf ihre Parolen zu hören. Erfreulicherweise bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Standpunkt der freien Gewerkschaften der richtige ist. Selbst die Unorganisierten wissen genau, daß die freien Gewerkschaften die zuverlässigsten Vertreter der arbeitenden Bevölkerung sind. Es gehört auch in der Tat nur ein wenig Ueberlegung dazu, um zu erkennen, wo die wirklichen und ehrlichen Vertreter der Arbeiter stehen. Daran können auch die bombastischen Kongresse der KPD. nichts ändern. Mit dem Geschrei über Verräter und Sozialfaschisten wollen diese Leute nur ihre eigene Verräterei gegenüber der Arbeiterschaft verdecken. Die denkende Arbeiterschaft hat daher auf dem Posten zu sein, damit diese Leute keinen allzu großen Schaden für die Arbeiterschaft anzurichten imstande sind. Die Betriebsrätewahlen haben auch in diesem Jahre den Beweis dafür zu erbringen, daß die Bergarbeiter nicht mehr gewillt sind, sich von Hans und Kunz vor den Karren spannen zu lassen. Wir kämpfen nicht für und nicht gegen Rußland, wir wollen den deutschen Bergarbeitern in erster Linie nur ein erträgliches Leben und Arbeiten erkämpfen. Wer auf diesem Wege mit uns einig geht, der sorge dafür, daß bei den Wahlen nur Kandidaten des Bergbauindustriearbeiterverbandes gewählt werden. Daher: Auf zum Kampf und Sieg!

des **Saargebiets** einig und werden sie in ihren Kämpfen nach jeder Richtung hin unterstützen. Ich möchte noch auf die vielen

Verhandlungen in Genf

verweisen, die sich mit der Vereinheitlichung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen im Bergbau sowie mit der internationalen Kohlenverständigung beschäftigt haben. Daß von dieser Stelle nicht schnelle Erfolge zu erwarten sind, war und ist uns allen bekannt. Ebenso wissen wir jedoch, daß von dieser internationalen Machtorganisation aus auch Einflüsse ausgehen, die, wenn wir nicht mitwirken, zu unserem Schaden ausschlagen könnten. Darüber hinaus kann aber auch sehr viel zur Klärung und zur Propaganda der Gedanken getan werden, die für unser wirtschafts- und handelspolitisches Handeln bestimmend sind.

Wenn auch das Jahr 1929 für den Bergbau ein Rekordjahr war, wenn sowohl die gesamte Förderung wie auch die Durchschnittsleistung des einzelnen Arbeiters überall gestiegen ist, so hat diese verhältnismäßig gute Konjunktur im Bergbau doch nicht dazu beitragen können, die Wirtschaftslage in Deutschland im allgemeinen zu heben. Die Zahl der von der

Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge

erfaßten Arbeitslosen ist in dem ganzen Sommer hindurch ziemlich hoch geblieben. Der niedrigste Stand wurde am 31. Juli mit 864 082 festgestellt, während am 15. Januar 1930 2 293 731 gegenüber dem Höchststande von 2 622 253 am 28. Februar 1929 zu verzeichnen waren. Die Zahl der **Arbeitsuchenden** betrug Ende Dezember v. J. 2 894 798. Durch diese **schrecklichen Zahlen** wurde natürlich der Etat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sowie der des Reiches und der Kommunen sehr stark in Anspruch genommen. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat im Etatsjahr 1928-29, welches vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 lief, für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge den Betrag von 1300 Millionen Mark ausgegeben. In den ersten neun Monaten des Etatsjahres 1929 wurden 900 Millionen Mark verausgabt. Zu diesen Summen kommen nun noch die Beträge, die die **Kommunen** für die **Ausgesteuerten** aufzuwenden haben. Diese Beträge muß man als eine ungeheure Last bezeichnen, die doch auch von der Wirtschaft aufgebracht werden muß. Es entsteht die Frage, ob nicht alle Versuche gemacht werden müssen, die

Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen,

damit sie Werte schaffen und nicht nur für sich, sondern der Allgemeinheit Dienste leisten. Die letzten Wochen haben nun aber auch

Absatzstockungen im Bergbau

mit sich gebracht, denn der milde Winter forderte bei weitem nicht solchen Verbrauch an Brennstoffen wie der des Vorjahres. Besonders macht sich dieses in den **Braunkohlenrevieren** bemerkbar und besonders die Bezirke des Ostelbischen und Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats haben darunter zu leiden. Im **Ostelbischen** Braunkohlensyndikat ist die **Einschränkung des arbeitstäglichen Versandes bis auf 20 Prozent des Kontingents** erfolgt. Innerhalb 14 Tagen hat eine Einschränkung des Absatzes um rund 80 Prozent stattgefunden. Auch im Bereich des **Mitteldeutschen** Braunkohlensyndikats ist eine erhebliche Einschränkung der Produktion erfolgt. Es liegen bereits Kündigungen von Arbeitern und Meldungen über Einlegung von Feierschichten vor. Diese plötzliche starke Einschränkung, die ja in der Hauptsache auf die Konjunktur zurückzuführen ist, zeigt uns, daß die

Syndikatsorganisationen im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau nicht die konjunkturausgleichende Wirkung auszuüben vermögen,

wie es eigentlich sein sollte. Beide Syndikate sind eben keine Verkaufssyndikate. Sie sitzen infolgedessen viel zu weit vom Verbrauch weg und sind deshalb nicht in der Lage, **die Absatzstöße zu mildern,** sondern geben sie unmittelbar an die Produktion weiter. Die Folge ist, daß ein erheblicher Schaden den in der Braunkohle beschäftigten Arbeitern entsteht. Auch im **rheinischen Braunkohlenbergbau** haben ebenfalls Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Es wurden **Feierschichten** eingelegt, weil bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Produktion etwa 20 Prozent der geförderten Braunkohlenbriketts gestapelt werden müßten. Ferner sind im **westoberschlesischen Steinkohlen-** sowie auch im **Ruhrbergbau** Absatzstörungen eingetreten, die in Oberschlesien eine Einschränkung der Förderung um 20 Prozent ab 1. Januar, um weitere 5 Prozent, also insgesamt um 25 Prozent ab 1. Februar zur Folge hatten. Auf einzelnen Gruben sind **Feierschichten** eingelegt. Ferner berichten Zeitungen über in Aussicht genommene **Arbeiterkündigungen.** Wenn dieses in Oberschlesien jetzt schon eintritt, was soll dann werden, wenn der **deutsch-polnische Handelsvertrag** abgeschlossen und dann 300- bis 350 000 To. polnischer Kohle nach Deutschland hereinkommen! Auch **an der Ruhr** sind in den letzten Monaten Feierschichten wegen Mangels an Absatz eingelegt worden: im September 45 000, Oktober 184 000, November 43 400 und Dezember 46 000. Auch in der Zeit vom 29. Dezember 1929 bis 25. Januar 1930 machte sich die Einlegung von Feierschichten im Ruhrbergbau infolge von Absatzstockungen notwendig. Sie sehen daraus, daß

das Konjunkturbild des deutschen Bergbaues etwas trüber

geworden ist. Ich bin der Meinung, daß diese Erscheinungen der Konjunktur sich wieder heben dürften und uns den Blick für unsere Aufgaben im Jahre 1930 nicht trüben. Unser Verband wird in diesem Jahre vor mancherlei Entscheidungen gestellt werden. Im **Ruhrgebiet** geht es um die Schmiedung des **neuen Syndikatsvertrages.** Das Ereignis wirft in Form von neuen Zusammenstellungen und neuen Machtumgruppierungen bereits seine Schatten voraus. Das Schicksal nicht nur der **oberschlesischen** Kameraden, sondern auch der übrigen Bergreviere hängt stark von der Gestaltung des **Handelsvertrages mit Polen** ab. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht nur den Bergarbeitern allein die Opfer einer Wirtschaftsverständigung mit aufgebürdet werden. Die Verhandlungen über die **Rückgliederung des Saargebiets** und seine Befreiung werden weitergeführt. Wir hoffen, daß unsere grundsätzliche Auffassung, der ich Ausdruck gebe, dabei Beachtung findet. Das **Bergarbeitsgesetz** wird in den nächsten Wochen den Reichswirtschaftsrat verlassen, dann dem Reichsrat und schließlich dem Reichstag zugeleitet werden. Es gilt, ein Gesetz zustande zu bringen, mit dem die große Mehrzahl der Bergarbeiter zufrieden sein kann. In sehr vielen Revieren stehen wir vor

Lohn- und Arbeitszeitkämpfen,

denen wir nicht aus dem Wege gehen können und wollen. In allen diesen Fragen fürchten wir die Entscheidungen nicht. Wir sind uns aber der Tatsache bewußt, daß wir sie nur dann im günstigen Sinne fällen können, **wenn die deutsche Bergarbeiterschaft stärker als bisher zu unserem Verbande,** zu ihrer Berufsorganisation, steht. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft ist nicht groß genug. **Wir brauchen alle im deutschen Bergbau Beschäftigten.** Es geht nun darum, alle unsere Kräfte anzuspannen, damit wir unseren Verband stärken und damit er dann für die Interessenvertretung der deutschen Bergarbeiter in all den Fragen, die ich angeschnitten habe, wirkungsvoll, wie bisher so auch in Zukunft, aufzutreten vermag. (Lebhafter Beifall.)

Guter Braunkohlenbergbau 1929 — und nun Krise?

Das Jahr 1929 begann für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mit einer Kältekatastrophe, wie wir sie seit vielen Jahren nicht erlebt hatten. Die abnorme Kälteperiode brachte einen Teil der Abraum- wie auch Tagebaubetriebe zum Einfrieren und hatte zur Folge, daß in der Oeffentlichkeit eine starke Beunruhigung über die Möglichkeit einer Nichtbelieferung mit Hausbrandbriketts entstand. Die Werke hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und setzten alles daran, die Produktion aufrechtzuerhalten, was durch Einlegung von Sonntagsschichten und dergleichen auch gelang. Diesen Maßnahmen war es zu danken, daß die Produktionsergebnisse im 1. Vierteljahr nur ein leichtes Absinken gegenüber dem Vorjahre zur Folge hatten. Die Kälteperiode im 1. Vierteljahr sorgte aber dafür, daß in den folgenden Monaten

Produktion und Absatz einen dauernden Aufstieg

nehmen konnten. Nach den Produktionsergebnissen, wie sie bis jetzt vorliegen, hat auch im Jahre 1929 der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau seine Steigerungsbewegung fortgesetzt, wie aus nachstehender Aufstellung ersichtlich ist:

(in To.) 1929	Rohkohlenförderung	Brikettherstellung	Koks
1. Vierteljahr	29 053 199	6 788 934	132 929
2. „	28 159 125	7 339 407	139 442
3. „	29 480 162	7 887 758	152 545
4. „	30 835 624	7 624 511	155 092
	117 528 110	29 640 610	580 018

Die Rohkohlenförderung stieg gegenüber 1928 von 113 443 000 auf 117 528 110 To. Die Steigerung ist nicht allein auf die Tagebaubetriebe zurückzuführen, sondern kommt auch zum Teil auf das Konto der Tiefbauwerke. Es konnte somit im Jahre 1929 erstmalig die seit Jahren anhaltende **Abwärtsbewegung der Förderziffern der Tiefbauwerke aufgehalten werden.** Die Steigerung der Rohkohlenförderung der Tiefbauwerke gegenüber 1928 hielt sich in demselben Rahmen wie bei den Tagebaubetrieben.

Die Brikettproduktion erhöhte sich

von 28 657 000 To. in 1928 auf 29 640 010 To. im Berichtsjahr. Am größten war die Produktionszunahme bei der Kokserzeugung, die von 500 824 auf 580 018 To. stieg.

Der **Absatz an Rohkohle** war infolge der Minderaufnahmefähigkeit der abnehmenden Industrien nicht so günstig wie in Hausbrandbriketts. Durch die Räumung der Lager in den Städten sowie der Gruben war das ganze Jahr bis anfangs Dezember eine flotte Abnahme der Produkte zu verzeichnen. **Im Dezember trat ein Umschwung ein,** auf den wir weiter unten zurückkommen.

Im letzten Vierteljahr 1929 stand der Braunkohlenbergbau im Zeichen einer **Lohnbewegung.** Von den Gewerkschaften war die Lohntafel gekündigt und eine Erhöhung der Löhne gefordert worden. Die Verhandlungen gestalteten sich durch die großen Gegensätze in der Auffassung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber äußerst schwierig. Es waren zwei Schlichtungsverfahren notwendig, um die Lohnbewegung zu beendigen. Durch einen von Amts wegen verbindlich erklärten Schiedsspruch wurden die Tarifdurchschnittslöhne ab 2. Dezember 1929 um 25 Pf. erhöht, ab 1. Dezember 1930 folgen weitere 15 Pf. Außerdem wurden noch Vergünstigungen innerhalb der Lohntafel für die Arbeiter geschaffen. Durch den Schiedsspruch sind die Löhne bis zum 30. November 1931 festgelegt. Leider ist die geringfügige Lohnerhöhung im großen Umfange von den Unternehmern **nicht gewährt** worden. In einer ganzen Anzahl von Fällen haben die einzelnen Werke statt einer Lohnaufbesserung eine **Lohnkürzung** durch Abzug von Prämien und dergleichen vorgenommen.

Bezüglich der **Arbeitszeit** sind im Berichtsjahr weitere Verkürzungen auf Grund des Schiedsspruches vom September 1928 eingetreten. In den durchlaufenden Betrieben trat am 1. April eine Verkürzung der Schichtzeit um eine halbe Stunde ein. Am 1. Oktober haben die Tagesbetriebe eine Verkürzung der Arbeits- und Schichtzeit um je eine halbe Stunde und die durchlaufenden Betriebe eine Verkürzung der Schichtzeit ebenfalls um eine halbe Stunde erhalten. Das Mehrarbeitsabkommen sowie der Manteltarifvertrag laufen erstmalig am 30. September 1930 ab. Durch die Arbeitszeitverkürzungen und günstige Konjunktur im vergangenen Jahre gelang es, wieder einige tausend Arbeiter mehr in die Betriebe zu bekommen. Gegenüber dem Jahre 1928 hat sich die Gesamtbelegschaft um rund 2000 Mann erhöht. Die Arbeiterzahl belief sich im Jahresdurchschnitt 1928 auf 77 449 und stieg im Jahresdurchschnitt 1929 auf 79 475 Mann. Eine Belegschaftsvermehrung trat hauptsächlich in den Brikettfabriken und Abraumbetrieben ein.

Der Förderanteil je Mann und Schicht

hat nur geringfügige Aenderungen erfahren. Im Gruben- und Abraumbetrieb stieg der Förderanteil im 1. Vierteljahr des Berichtsjahres auf 8,77 To. gegenüber 8,08 To. in derselben Zeit des Vorjahres. Im 3. Vierteljahr betrug der Anteil im Jahre 1928 7,63 To. und erhöhte sich im 4. Vierteljahr 1929 auf 7,65 To.

Der **Durchschnittslohn,** der im September 1928 7,38 M. betrug, erhöhte sich auf 7,58 M. im September 1929. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in diesem Durchschnittslohn die Sozialzulagen, Mehrarbeitszuschläge, Urlaubsentschädigung, Ueberarbeits- und Sonntagsarbeitszuschläge mit eingerechnet sind. **Seit Oktober ist ein leichtes Sinken des Durchschnittslohnes festzustellen.**

Die Rationalisierung der Betriebe

macht weitere Fortschritte. Besonders in der Brikettfabrikation wurden die Rationalisierungsarbeiten stark forciert. In den dauernd steigenden Absatz an Hausbrandbriketts, hervorgerufen durch die fortwährenden Verbesserungen der Brikettsteine, traten die Erfolge klar in Erscheinung. Die Fortführung der Rationalisierung bezieht sich auch auf den Gruben- und Abraumbetrieb.

Eine ganze Reihe von Betrieben wurde stillgelegt, so im Geiseltal: Pauline, Otto, Hermine-Henriette, Emma, Tannenberg, Elisa II; im Bezirk Bitterfeld: Auguste, Wittkopp-Möhlau; im Bezirk Zeitz: Grube 20, Waltersdorf Tagebau, Bunge-Nebe, Riebeck-Ellen, Birkau, Marie. Weitere Stillegungen sind angemeldet. **Entlassen** wurden auf v. d. Heydt 300, auf Beuna 140 Mann, auf Deutsche Grube 150, Leopold 150, Greppiner Werke 120, im Bornaer Bezirk 1000 bis 1500 Mann; auf Alwine 250, auf Neue Senftenberger Kohlenwerke 150, Clara III 120, Clara I/II (Welzow) 300 Mann.

Die finanziellen Auswirkungen der günstigen Produktionsentwicklung

sind für den Braunkohlenbergbau sehr vorteilhaft. Das kommt in den von Jahr zu Jahr steigenden Ueberschüssen der Unternehmungen sinnfällig zum Ausdruck. Trotz der enormen Selbstfinanzierung infolge der Rationalisierung und den eingetretenen Belastungen durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen konnten die Braunkohlengesellschaften für das verflossene Geschäftsjahr ihre vorjährigen Dividenden erhöhen bzw. erhalten. Bei der Untersuchung von 18 Braunkohlengesellschaften, die rund 70 Prozent der Produktion erfassen, ist festzustellen, daß der

Reingewinn von 25,4 Mill. M. im Vorjahre auf 27,5 Mill. M. in 1929 gestiegen

ist. Gemessen an dem Aktienkapital dieser Gesellschaften von 314,3 Mill. M., ergibt sich für das Geschäftsjahr eine Verzinsung des Kapitals von 8,8 Prozent. Eine **gewaltige Steigerung** haben ebenfalls die **Abschreibungen** erfahren. Diese erhöhten sich von 31,1 auf 37,7 oder um 6,6 Mill. M. gegenüber dem Vorjahr. Auf das Anlagekapital bezogen, ergibt sich ein durchschnittlicher **Abschreibungssatz** von 11 %.

Die **Reservebildung** der Gesellschaften hat sich ebenfalls günstig entwickelt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Erfolge der Rationalisierung im Braunkohlenbergbau sowohl in produktioneller als auch in finanzieller Hinsicht im vergangenen Jahre wirksam in Erscheinung traten. Allgemein gesehen, können sich die Braunkohlengesellschaften gegenüber dem Durchschnitt der deutschen Aktiengesellschaften mit ihren Geschäftsergebnissen sehr gut sehen lassen. Von einer **Krise im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** kann nicht die Rede sein, wenn auch im Januar ein **starker Absatzrückgang** zu verzeichnen ist und infolgedessen vielfach zwei bis drei Feierschichten eingelegt werden. Vielfach haben die Werke auch eine

Kündigung der bestehenden Arbeitsverträge

durch Anschlag vorgenommen. Bei den Auseinandersetzungen, welche die Verbände darüber mit den Arbeitgebern hatten, wurde uns erklärt, daß die öffentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses geschehen sei, um zu verhüten, daß bei einzulegenden Feierschichten aus Absatzmangel die Arbeiter einen klagbaren Anspruch auf Entschädigung einleiten könnten. Diese Kündigung hat natürlich außerordentlich viel Aufregung verursacht, so daß die Stimmung in den Belegschaften nach den vorliegenden Berichten sehr niedergedrückt ist. Mit dem Arbeitgeberverband hat unser Verband sich über folgende Punkte verständigt:

1. daß Kündigungen von Belegschaftsmitgliedern nur noch mit dem Betriebsrat vorgenommen werden sollen;
2. daß bei einzulegenden Feierschichten möglichst eine gleichmäßige Verteilung innerhalb des Konzerns vorgenommen wird;
3. daß die bereits erfolgten Kündigungen der Arbeitsverträge nicht für die Betriebsvertretungen Geltung haben;
4. soweit der Urlaub für das anstehende Urlaubsjahr noch nicht genommen worden ist, soll das sofort geschehen;
5. die Grubenverwaltungen sollen vom Arbeitgeberverband angehalten werden, den Belegschaftsmitgliedern auf Wunsch auch bereits für das kommende Urlaubsjahr Urlaub zu erteilen;
6. Ueberstunden und -schichten sollen möglichst nicht verfahren werden, es sei denn, daß besondere Notstandsarbeiten sich als notwendig erweisen;
7. notwendige Reparaturschichten an den Tagen, an denen der übrige Teil der Belegschaft wegen Absatzmangels feiern muß, sollen möglichst gleichmäßig unter den Belegschaftsmitgliedern verteilt werden.

✡ ✡

Daß der Absatzrückgang infolge der milden Witterung sich so plötzlich und grob auswirkt, scheint uns auf

Fehlorganisation im Braunkohlenbergbau

hinzudeuten. Sonst brauchte ein solcher zeitlich bedingter Rückgang **nicht so unvermittelt an die Arbeiter weitergegeben zu werden.** Wenn die Syndikate hier nicht **vorausschauend ausgleichend** wirken können, dann **versagen** sie bei einem Teil der ihnen gestellten Aufgabe. Daß die Werke die **Haldenbestände** nicht gern unnötig vergrößern, da sie eine Verteuerung bedeuten, ist verständlich, aber im Interesse der Arbeiter könnte auch hier mehr geschehen, wenn man vergleicht, wie hoch die Haldenbestände im Januar 1929 und 1930 waren. Sie betrugen (in Tonnen):

	15. Januar 1929	15. Januar 1930
Borna	11 727	63 821
Meuselwitz-Rositz	24 979	67 902
Luckenau	15 753	53 786
Merseburg	76 895	125 899
Halle	14 727	15 893
Oberröblingen	13 113	16 945
Helmstedt-Magdeburg	55 719	66 689
Kassel	805	3 762
Zusammen:	259 638	498 641

Daß bei der Kohlennot im vorigen Winter die 250 000 Tonnen Haldenbestände nichts bedeuteten, ist klar. Dann bedeutet aber die halbe Million jetzt auch noch nicht viel, da es nur etwa der **60. Teil** der Jahresproduktion bedeutet.

Es ist begreiflich, daß die Braunkohlenarbeiter, die von einer solchen Konjunkturkrise längere Zeit verschont blieben, durch diese neue Entwicklung beunruhigt werden. Von einem katastrophalen Wirtschaftsrückgang im allgemeinen kann aber keine Rede sein und so wird hoffentlich auch diese Krise im Braunkohlenbergbau bald vorübergehen. Daß zur Sicherung unserer Kameraden der Verband tut, was möglich ist, zeigen obige Vereinbarungen.

Zur Lage im Bergbau.

Aus der Rede des Kameraden Franz im Preußischen Landtag.

Wir haben im Bergbau eine außerordentliche technische Entwicklung erfahren. An Stelle der Schrämhacke ist die Schrämmaschine getreten, an Stelle des Handbohrers oder des Fäustels die Bohrmaschine, an Stelle des Wagenschiebers und der Pferde die elektrische Maschine, also eine technische Entwicklung des ganzen Betriebes. Ebenso wie der Staat den veränderten Verkehrsverhältnissen, der veränderten Intensität auf allen Gebieten Rechnung tragen muß, und zwar auch polizeilich, muß es nach unserer Auffassung auch im Bergbau der Fall sein.

Die Zahl der Unfälle gibt uns Veranlassung, zu fordern, daß an den Sicherheitsmaßnahmen unter keinen Umständen gespart, sondern noch mehr als bisher getan wird, um die Unfälle zu verhindern. Es liegt zum Sparen auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gar keine Veranlassung vor. Der Herr Minister hat uns schon auseinandergesetzt, daß

die Konjunktur im Bergbau

eine Sonderkonjunktur gewesen ist, das heißt also, im Gegensatz zu der übrigen Wirtschaft doch immerhin eine gute. Ich muß das feststellen, auch wenn daraufhin sofort die Rechte auf den Plan tritt.

Die Herren auf Unternehmerseite tun sich viel darauf zugute, daß sie in bezug auf die Wirtschaft die richtige Prognose stellen. Ich habe hier einen Artikel der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" vor mir liegen, in dem zunächst einmal die freien Gewerkschaften für alles Ungemach auf dieser Welt verantwortlich gemacht werden. Weiter heißt es dann: „Wir glauben auch nicht daran, daß das deutsche Unternehmertum irgendwelchen Anlaß hat, den kommenden Dingen anders als mit Sorge entgegenzusehen und der vergangenen anders als mit Enttäuschung und einer gewissen grimmigen Genugtuung über die uneingeschränkte Erfüllung ihrer warnenden Prognose zu gedenken."

So das Unternehmerblatt. In Wirklichkeit aber zeigt sich, daß nicht nur die Steinkohlenförderung eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen hat, sondern auch die Braunkohlenförderung ist um 8,6 Millionen Tonnen, die Kokserzeugung um 6 Millionen Tonnen gestiegen. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die Ausfuhr an Steinkohle nur um 2 Mill. To. und bei Koks um 1,5 Mill. To. gestiegen ist. Daraus ergibt sich also, daß der deutsche Inlandsmarkt im vorigen Jahre 10 Mill. To. Steinkohle und 4,5 Mill. To. Koks und außerdem noch die große Steigerung der Braunkohlenförderung aufgenommen hat.

Wenn man bei einer derartigen Situation nun zu der Auffassung kommt, daß die Wirtschaftsnot, die Wirtschaftskrisis, nicht so groß sein kann, wie sie uns von den Unternehmern immer glaubhaft zu machen versucht wird, dann kann man uns das wirklich nicht übelnehmen. Welche Ursachen sollten denn zu dieser ganz gewaltigen Steigerung der Produktion vorhanden sein? Der Herr Minister hat auf den strengen Winter hingewiesen; es ist aber hier bereits mit Recht von dem Herrn Berichterstatter hervorgehoben worden, daß die Hausbrandkohle ja eine verhältnismäßig geringe Rolle bei unserer Produktion spielt. Der strenge Winter allein kann also diese gewaltige Steigerung der Kohlenproduktion auf allen Gebieten nicht verursacht haben, sondern in Wirklichkeit wird es eben schon so liegen, wie ich auch bereits im Hauptausschuß ausgeführt habe, daß das Geschrei der sogenannten Wirtschaftsführer über unsere Wirtschaftskrisis ganz außerordentlich stark übertrieben ist. Daran ändert auch die Tatsache der großen Zahl der Erwerbslosen nichts, denn die hohe Zahl der Erwerbslosen ist lediglich durch die starke Rationalisierung der Betriebe ausgelöst und die Krise im Braunkohlenbergbau durch den unerwartet milde gebliebenen Winter.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten: ja, die Steigerung der Produktion ist wohl da, aber trotz alledem ist das wirtschaftliche Ergebnis schlecht. Zugegeben, daß die Gewinne nicht so stark gewesen sind, wie sie die Herren gern erwartet hätten. Aber es dürfte ja wohl überhaupt keinen Unternehmer geben, der einmal mit den wirtschaftlichen Erträgnissen zufrieden ist. Geklagt wird immer. Wenn sie die hohen Dividenden nicht verschweigen können, dann werden irgendwelche anderen Gründe dafür angeführt. Aber im allgemeinen wird auch dann zum Ausdruck gebracht, daß das Verhältnis durchaus nicht befriedigen kann. Jedenfalls sind die finanziellen Verhältnisse ja auch zum erheblichen Teil durch dieselben Kreise herbeigeführt, denn der Finanzheilige der Wirtschaft, Herr Dr. Schacht, hat es ja durch seine Finanzpolitik dahin gebracht, daß die Zinssätze heute so hoch sind, daß niemand mehr eine Anleihe aufnehmen und mit Erfolg verwerten kann.

Wie aber die Dinge in Wirklichkeit aussehen, möchte ich Ihnen an einem anderen Beispiel zeigen. Zunächst mache ich auf die Steigerung der Leistung aufmerksam. Gleichzeitig betone ich, daß, wenn auch die Löhne der Bergarbeiter gestiegen sind, sie doch mit der Leistung nicht gleichen Schritt gehalten haben, auch auf der anderen Seite sicher nicht mit den Gewinnen. Ich führe ein Beispiel aus der Braunkohle an:

In der Braunkohle

wurde pro Mann und Schicht — ich stelle Ostelbien und Westelbien gegenüber — gefördert:

	Ostelbien	Westelbien
1913	7,7	6,8
1927	14,4	12,1
1928	13,0	12,9
1929 (1. Halbjahr) . .	14,7	16,1

Auffallend an dieser Bewegung, die die Ziffern widerspiegeln, ist ihre Stetigkeit und der Umfang der Steigerung. Während im ostelbischen Revier gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr 1913 eine mehr als 90prozentige Steigerung der Arbeitsleistung eingetreten ist, beträgt sie in den westelbischen Bezirken fast 137 Prozent. Aber nicht nur die Steigerung der Kohlenförderungsleistung ist ein sichtbarer Ausdruck der Rationalisierungserfolge im mitteldeutschen Bergbau, sondern auch die Zahl der Betriebe. Die Zahl der Betriebe sinkt auch gegenwärtig andauernd weiter. In den Jahren 1913 bis 1927 ist die Produktion um 60 Prozent gestiegen. Demgegenüber haben sich die Betriebe von 378 auf 263 vermindert.

Die günstigen Ergebnisse zeigen sich auch bei der Verteilung der Dividende. Im Braunkohlenbergbau sind Dividenden von 10 Prozent und mehr die Regel. Alle diese Riesenunternehmungen, wie Ilse, Niederlausitzer Kohlenwerke, Bubiag, Eintracht, Anhaltische Kohlenwerke, haben im Jahre 1928 10 Prozent Dividende ausgeschüttet, einzelne noch mehr, so beispielsweise die Bitterfelder Luisengrube 14 Prozent und die Prölitzer Braunkohlenwerke 15 Prozent. Und das alles bei steigender Reservebildung und steigenden Abschreibungen!

Ich will Ihnen auch einmal an einem Beispiel zeigen, wie die Abschreibungen erfolgt sind. Während der letzten drei Geschäftsjahre wurden bei Ilse folgende offene Abschreibungen vorgenommen: 4,5, 5,3 und 6,1 Millionen. Die entsprechende Ziffernreihe bei den Braunschweigischen Kohlenwerken zeigt 4,2, 4,5 und 5,2 Millionen. Sie sehen also, daß trotz der hohen Dividenden auch ganz gewaltige Abschreibungen gemacht worden sind, und daß sich also das Geschrei über die Not des Bergbaues, insbesondere des Braunkohlenbergbaues als unwahr erweist.

Es ist auch die Tatsache zu verzeichnen, daß das Braunkohlensyndikat die rechtsradikale Bewegung bekanntlich mit 30 000 M. monatlich unterstützt hat. Es ist das zwar von Herrn Hitler dementiert worden, d. h. Herr Hitler hat nur dementiert, daß er diese 30 000 M. bekommen hat. Das Braunkohlensyndikat selbst hat aber bisher zu dieser Behauptung geschwiegen.

Trotz dieser guten wirtschaftlichen Ergebnisse haben sich aber die Braunkohlenwerksbesitzer geweigert, die berechtigten Lohnforderungen der Bergarbeiter, die kürzlich gestellt worden sind, zu erfüllen und sie haben die Forderungen abgelehnt.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch noch auf den Raubbau aufmerksam machen, der in gewissen Braunkohlenbezirken an der Landwirtschaft getrieben wird. Es ist eine Große Anfrage von uns eingebracht worden. Ich nehme an, daß ein anderer Kollege auf diese immerhin für die Landwirtschaft wichtige Frage eingehen wird.

Es wird von der Wirtschaft immer viel von Sparsamkeit gesprochen. Insbesondere verlangt die Wirtschaft, daß die Arbeiter sparen und daß die Kommunen sparen. Bei ihr selbst merkt man aber oft sehr wenig vom Sparen. Ich habe im Hauptausschuß schon darauf aufmerksam gemacht, daß zweifellos die wirtschaftlichen

Ergebnisse im Steinkohlenbergbau

und überhaupt im Kohlenbergbau noch besser sein würden, wenn auch in bezug auf die Beamtenpolitik etwas sparsamer gewirtschaftet würde.

Dr. Jüngst, der Statistiker des Zechenverbandes im Ruhrgebiet, hat in der Zeitschrift „Glückauf", und zwar in der Nr. 20 vom 18. Mai, zu diesem Thema Stellung genommen. Er verwahrt sich gegen diesen Vorwurf, kommt aber immerhin auch zu der Feststellung, daß im Jahre 1928 insgesamt 16 187 technische Beamte vorhanden waren, während es im Jahre 1913 nur 15 338 waren. Auf 1000 Arbeiter kamen im Jahre 1913 3,60 technische Beamte, im Jahre 1928 aber 4,24; kaufmännische Beamte im Jahre 1913 1,01, im Jahre 1928 1,85. Insgesamt hat sich die Beamtenschaft, technische und kaufmännische zusammen, im Jahre 1913 von 19 683 auf 23 265 im Jahre 1928 vermehrt, also in einer Zeit, wo die Belegschaftsziffern nicht gestiegen sind, denn es handelt sich hier um das Ruhrgebiet. Kürzlich haben uns die Herren aus dem Ruhrgebiet noch auseinandergesetzt, daß die Belegschaftsziffer im Ruhrgebiet nicht die Friedensziffer erreicht habe.

In bezug auf die Besoldung wehrt sich Herr Jüngst dagegen, daß Gehälter gezahlt werden, die vor der Oeffentlichkeit nicht verantwortet werden können. Der Deutsche Philologenverband hat aber 1927 eine Broschüre herausgegeben, in welcher er Vergleiche über die Gehälter der Staatsbeamten mit den höheren Beamten im Ruhrbergbau anstellt. Nach den Angaben dieser Beamtenorganisation wurden 1925 folgende Monatslöhne bzw. -gehälter im Ruhrbergbau gezahlt: Bergarbeiter 175 M., Grubeninspektor 2000 M., Zechendirektor 3000 M., Betriebsdirektor 6000 M., Generaldirektor 10 000 M. In Prozenten ausgedrückt, bezieht also ein Generaldirektor 5714 Prozent mehr Einkommen als ein einfacher Bergarbeiter.

Auch in bezug auf die Vermehrung der leitenden Beamten macht diese Organisation ganz interessante Mitteilungen. Sie greift insbesondere die Deutsche Erdölgesellschaft heraus. Der Direktion der Zeche Bismarck unterstehen vier selbständige Schachtanlagen, deren größte rund 3300 Mann und deren kleinste 520 Mann Belegschaft aufweist. Die Gesamtbelegschaft dieser vier Schächte betrug 1925 rund 8400 Mann. Von diesen waren 335 Beamte und Angestellte, darunter ein leitender Direktor, ein Betriebsdirektor, ein Betriebsinspektor und vier Betriebsführer. An Steigerrevieren waren 1925 unter Tage 39 vorhanden. 1928 betrug die Gesamtbelegschaft dieser vier Schächte nur noch rund 7300 Mann. Davon waren 311 Beamte und Angestellte. Von diesen 311 Mann waren nur ein Generaldirektor, ein leitender Direktor, ein Betriebsdirektor, zwei Betriebsinspektoren und vier Betriebsführer vorhanden. Die Zahl der Steigerreviere war von 39 auf 28 zurückgegangen. Ab 1. Mai dieses Jahres hat die Direktion diesen beiden Betriebsinspektoren noch je einen Betriebsassistenten, Diplomingenieur, zur Hilfeleistung beigegeben. Hierdurch wird klar bewiesen, daß die Ausführungen von Dr. Jüngst für die Deutsche Erdölgesellschaft wenigstens nicht den Tatsachen entsprechen. Bei anderen Gesellschaften sieht es aber ebenso aus. Die Zeche Graf Bismarck hat beispielsweise bei 28 Steigerrevieren einen Generaldirektor, einen leitenden Direktor, einen Betriebsdirektor, zwei Betriebsinspektoren, zwei Assistenten, vier Betriebsführer, drei Obersteiger, dreizehn Fahrsteiger, also siebenundzwanzig Oberbeamte. Sie müssen bedenken, daß jedem Steigerrevier ein Steiger vorsteht, daß daneben das entsprechende Aufsichtspersonal ist. Wenn Sie weiter die hohen Gehälter berücksichtigen, so werden Sie zugeben, daß die Wirtschaft sehr wohl noch zugunsten der Allgemeinheit sparen könnte.

Ich stimme dem Herrn Minister zu, wenn er sagt, daß wir

dem Absatzproblem erhebliche Bedeutung

beimessen müssen. Wenn auch im vergangenen Jahre der Absatz ziemlich gut vonstatten gegangen ist, so ist doch damit zu rechnen, wenn es uns nicht gelingt, die Ausfuhr erheblich zu steigern, daß wir nach dieser Richtung Schwierigkeiten bekommen. Wollen wir aber die Ausfuhr steigern, dann ist nach unserer Auffassung eine andere Tarifpolitik der Reichsbahn erforderlich. Wie sie bisher betrieben ist, glauben wir nicht, daß wir die Kohlenausfuhr erheblich steigern können. Es wird deshalb Aufgabe der Staatsregierung sein, nach dieser Richtung mit der Reichsbahn ein ernstes Wort zu reden. Das trifft insbesondere auf die oberschlesischen Verhältnisse zu. Die Verkehrsverhältnisse im oberschlesischen Industriegebiet sind außerordentlich traurig. Durch die Neuziehung der Grenzen ist das bisherige Verkehrsnetz zerrissen worden, und eine vorausschauende Staatspolitik hätte hier schnell das Verkehrsnetz den veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Das ist leider nicht geschehen, und ich muß hier offen aussprechen, daß wir uns hier haben von Polen beschämen lassen. Polen hat das Verkehrsnetz längst umgestellt, hat das Industriegebiet, das früher nach dem Westen gravitierte, vollständig in sein Verkehrsnetz eingeführt, während auf der deutschen Seite in dieser Beziehung bisher herzlich wenig, fast gar nichts geschehen ist. Dieses Problem wird aber für das oberschlesische Revier dringlich und es muß zu einer Katastrophe kommen, wenn die Verkehrsverhältnisse nicht geregelt sind, bis der Bau des Mittellandkanals beendet ist. Zu diesem Zeitpunkte wird es möglich sein, daß das oberschlesische Revier noch an die Absatzmärkte herankommt, sonst müssen dann ganz trostlose Zustände für dieses Revier entstehen. Ich habe den Herrn Minister bereits im Hauptausschuß auf die oberschlesischen Verkehrswünsche hingewiesen und möchte das hier noch einmal mit aller Deutlichkeit tun.

Aufmerksam machen möchte ich die Staatsregierung auf den

Deisterbergbau

vor allem deshalb, weil anscheinend die Staatsregierung bzw. die staatliche Elektrizitätsgesellschaft in Hannover auf dieses Gebiet nicht die notwendige Rücksicht nimmt. Während das Kraftwerk die Kohle bisher in der Hauptsache vom Deisterbergbau bezogen hat, ist das in der letzten Zeit nicht mehr der Fall, was unbedingt zur Folge haben muß, daß dieser Bergbau sehr empfindlichen Schaden leidet. Ich meine, auch hier sollte ein bißchen zweckmäßige Wirtschaftspolitik getrieben werden. Die Staatswerke können eben nicht nur nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten, sondern sie müssen auch die allgemeinen sozialen Gesichtspunkte berücksichtigen.

Wir freuen uns über die verhältnismäßig günstige Entwicklung, die

die Wirtschaft im Siegerland

genommen hat. Darüber freuen wir uns besonders deshalb, weil die Unterstützungen, die der Siegerlandbergbau erhalten hat, in erster Linie mit auf die Anträge der Sozialdemokratischen Partei zurückzuführen sind.

Der Herr Minister hat sich heute auch wieder sehr wohlwollend gegenüber den

internationalen Verhandlungen

ausgesprochen. Er hat vor allen Dingen betont, daß das englische Bergbaugesetz hoffentlich eine Grundlage für spätere Vereinbarungen nach dieser Richtung hin schaffen wird. Wir teilen diesen Standpunkt. Ich habe ihn schon oft, auch im Hauptausschuß, in ähnlicher Richtung klargelegt. Wir müssen aber auch hier wieder feststellen, daß sich das Unternehmertum durchaus rückschrittlich, durchaus ablehnend verhält. Ich habe hier die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 31. Oktober 1929. Da heißt es unter anderm:

„Der Versuch der Bergarbeiterverbände, der internationalen Kohlenverständigung, wie sie sie auffassen, näher zu kommen, ist bei den Verhandlungen der Kohlensachverständigen vor dem Völkerbund über die Errichtung eines Internationalen Kohlenamtes erfreulicherweise fehlgeschlagen — hoffentlich endgültig. Denn ebensowenig, wie eine internationale Bürokratie auf sozialpolitischem Gebiete der Entwicklung der Wirtschaft günstig sein kann, ist eine internationale Wirtschaftsbürokratie erwünscht." —

Die weiteren Auslassungen bewegen sich in derselben Richtung. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten dieser internationalen Verhandlungen. Daß sie schwierig sind, hat ja auch das Ergebnis der Arbeit der Internationalen Arbeitskonferenz gezeigt, die kürzlich stattgefunden hat. Trotz alledem sind wir aber nicht so pessimistisch, weil wir wissen, daß das Problem sehr schwierig ist und so schwierige Probleme sich eben von heute auf morgen nicht lösen lassen. Aber die Zeit wird auch hier der Entwicklung die richtigen Bahnen weisen. Der Zwang der Verhältnisse wird die Nationen zueinander führen und eine Verständigung unter ihnen herbeiführen. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Entwicklung zu fördern, damit die Uebergangszeit nicht zu lang wird.

Eine der wichtigsten Fragen im Bergbau

ist die Verminderung der Unfallzahlen. Wenn wir die Unfallgefahren im Bergbau bekämpfen wollen, dann müssen wir ihre Ursachen kennen, und über ihre Ursachen sind wir uns auch heute immer noch nicht vollständig im klaren. Gewiß, die Intensität des Betriebes oder das Antreibesystem steigert die Unfallzahlen natürlich ganz erheblich; aber damit allein lassen sie sich sicher nicht erklären, vor allem deshalb nicht, weil diese Antreiberei überall vorhanden ist, trotzdem aber die Unfallzahlen doch ganz erheblich gegeneinander schwanken, und zwar nicht nur zwischen den einzelnen Revieren, sondern auch in den Revieren selbst. Ich habe hier die Unfallstatistik vom 1. Vierteljahr und 3. Vierteljahr 1929, beide vom Oberbergamtsbezirk Breslau. Daraus ersehen wir, daß die Unterschiede in den Unfallzahlen zwischen den einzelnen Revieren ganz erheblich sind, obwohl die Arbeitsverhältnisse gleich sind. Wer beispielsweise das Waldenburger Gebiet kennt, weiß, daß die Waldenburger Gruben, abgesehen von den Fürstlichen Gruben, alle die gleiche Abbauart, die gleichen Gebirgsverhältnisse, die gleichen Arbeitsverhältnisse usw. haben. Das geht auch schon daraus hervor, daß die Leistungen der einzelnen Gruben fast übereinstimmten. Trotzdem finden wir ganz erhebliche Abweichungen in den Unfallzahlen. In Ost-Waldenburg betrug beispielsweise die Unfallzahl auf 1000 Unfälle 16,6, in West-Waldenburg 26,4 und in Waldenburg-Mitte 20,5. In Oberschlesien liegen die Verhältnisse genau so. Im Revier Gleiwitz-Nord betrug die Unfallzahl auf 1000 Unfälle 11,8, in Süd-Gleiwitz 19,9 und in Beuthen 21,4. Der Unterschied zwischen dem Revier Gleiwitz-Nord und Beuthen beträgt also fast 100 Prozent. Das ist nicht allein durch die Verschiedenartigkeit der Grubenverhältnisse zu erklären. Vor allen Dingen frappiert es, daß sich diese Erscheinung nicht nur unter Tage, sondern auch über Tage zeigt. Man könnte vielleicht, wenn nur unter Tage die Unfallzahlen zwischen den einzelnen Revieren so stark schwankten, der Auffassung sein, daß eben die Grubenverhältnisse auf dieser oder jener Grube ganz andere seien. Ueber Tage sind aber die Verhältnisse fast überall gleich. Trotzdem haben wir auch über Tage dieselben Schwankungen zwischen den einzelnen Bergaufsichtsrevieren zu verzeichnen.

Wir geben zu, daß das Ministerium und auch das Grubensicherheitsamt eifrig versuchen, die Unfallzahlen herabzudrücken. Leider sind aber die Erfolge noch sehr mangelhaft. Wenn in letzter Zeit die Zahlen etwas stagniert haben, so führen wir das auf die Tätigkeit der

Grubenkontrolleure

zurück. Auch hier haben wir recht behalten. Die Parteien der Rechten, auch die Deutschnationale Partei, haben sich anfangs gegen die Einführung der Grubenkontrolleure sehr gesträubt. Heute zeigt sich doch, daß die Grubenkontrolleure sehr segensreich wirken. Auch die Bergaufsichtsbeamten sind des Lobes voll über die Tätigkeit der Grubenkontrolleure. Mir ist bisher noch kein Fall bekannt geworden, wo sich Schwierigkeiten ergeben hätten.

Alles in allem, meine Damen und Herren, glauben wir sagen zu können, daß die Unternehmer gar keine Veranlassung haben, allzu große Klagen loszulassen. An dieser unserer Auffassung ändern auch ihre Denkschriften nicht das geringste. Ursache zu klagen haben in erster Linie die Bergarbeiter, und zwar sowohl über ihre wirtschaftliche Lage als auch über ihre Arbeitsverhältnisse. Es wird deshalb Aufgabe des Landtags und der Staatsregierung sein, Verbesserungen auf diesem Gebiete zu schaffen, damit sich auch der Bergarbeiter wohl fühlt, damit er sich mit seinem traurigen Schicksal wenigstens etwas aussöhnen kann

Kameraden, denkt an die Vorbereitung der Betriebsrätewahl. Alle Mitglieder und Funktionäre müssen geschlossen und unermüdlich für die Verbandsliste agitieren. Die Wahl eines Oppositionellen und Unorganisierten stärkt den Einfluß des Zechenkapitals und bringt die Arbeiter um ihre Rechte. Allein die Wahl der organisierten Verbandsmitglieder bürgt für eine gute Wahrnehmung eurer Interessen. Bergarbeiter, seid auf der Hut! Keine Stimme den Feinden der Organisation! **Wählt die Liste des Verbandes,** denn nur dadurch schützt ihr euch vor Unrecht und Willkür!

Das internationale Arbeitszeitabkommen auf der Juni-Konferenz.

Der Verwaltungsrat des Int. Arbeitsamts hat die Empfehlungen der Januar-Konferenz angenommen.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat auf seiner 47. Tagung, die am 4. Februar und folgende Tage in Genf stattfand, dem Ersuchen der Vorbereitenden Technischen Konferenz über die Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau entsprochen und die Frage der

internationalen Regelung der bergbaulichen Arbeitszeit auf die Tagesordnung der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz gesetzt,

die am 10. Juni nach Genf einberufen worden ist.

Dieser Antrag ist vom Verwaltungsrat mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen worden. Von der Unternehmergruppe stimmten die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Dänemarks gegen den Beschluß. Dagegen stimmte ferner der schwedische Arbeitervertreter Thorberg, der die Ausdehnung des geplanten Uebereinkommens auf den gesamten Bergbau verlangte. Mit Ausnahme der italienischen und schwedischen, die sich der Stimme enthielten, haben alle Regierungsvertreter für die sofortige Ueberweisung an die Arbeitskonferenz gestimmt.

Damit ist der Weg für die Behandlung der Arbeitszeit im Bergbau eröffnet. An den Beschlüssen der Genfer Januar-Konferenz ist nichts geändert worden. Sie liegen nunmehr der Allgemeinen Arbeitskonferenz im Juni zur Vervollständigung und formellen Beschlußfassung vor. Die Arbeitskonferenz wird auch darüber zu entscheiden haben, ob das Abkommen bereits in diesem Jahre ohne eine weitere Lesung endgültig angenommen werden soll, oder ob eine zweite Lesung auf der nächstjährigen Arbeitskonferenz vorzunehmen ist. Die Unternehmer haben vergeblich versucht, die internationale Regelung dadurch zu verschleppen, indem sie vorschlugen, bei Gelegenheit eine neue technische Konferenz zur Beratung der auf der ersten Konferenz nicht entschiedenen Fragen einzuberufen Sie hielten die Kohlenfrage nicht mehr für dringend. (Hört, hört! D. Red.) Andere Unternehmervertreter versuchten nachzuweisen, daß diese „rein europäische Frage" unmöglich von der ganzen Internationalen Arbeitsorganisation gelöst werden könnte, sondern einer europäischen diplomatischen Konferenz unter Hinzuziehung von Unternehmern und Bergarbeitern als Sachverständige übertragen werden müßte. Aber auch dieses Argument fand keine Anerkennung. Ein Teil der außereuropäischen Staaten wollte jetzt schon festgelegt wissen, daß das eventuelle Abkommen nur in den europäischen Kohlenländern Gültigkeit habe. Dem wurde erwidert, daß der Beitritt zu dem Abkommen jedem Lande offenstehen solle, nachdem die hauptbeteiligten Länder sich über das Ratifikationsverfahren verständigt hätten. Alle diese Streitpunkte, wozu auch die Frage der Einbeziehung des Braunkohlentiefbaues gehört, werden auf der Juni-Konferenz ausgetragen werden.

Ein weiterer Beschluß des Verwaltungsrats besagt, daß das Arbeitsamt im nächsten Jahre (1931) ein

Gutachten über die Lohnfrage

im Kohlenbergbau fertigstellen soll entsprechend der Entschließung der Januar-Konferenz.

Im Kampfe um die internationale Regelung der Arbeitszeit der Bergarbeiter stehen wir jetzt mitten im Bewegungskriege. Der Vormarsch hat begonnen. Ohne Ueberschwang halten wir an der Weiterverfolgung unserer Ziele fest. Jedenfalls haben wir noch ein schweres Stück Arbeit vor uns.

Lohnschiedsspruch für Waldenburg-Neurode.

Die Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre lehnt den Schiedsspruch ab.

Nachdem über die Lohnforderungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern in freier Vereinbarung eine Verständigung nicht zu erzielen war, hat unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters eine Schlichterkammer am 31. Januar 1930 einen Schiedsspruch gefällt.

Die Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig infolge der stur ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, die behaupteten, daß seit der Schlagwetterkatastrophe die Leistungen merklich gefallen seien. Das wurde glatt widerlegt durch den Nachweis, daß die Dezemberleistungen auf den Stand vom Januar 1929 gebracht sind. Die Notwendigkeit der Lohnerhöhung mußte von den Arbeitgebern zugestanden werden.

Ein schwerer Kampf mußte um die Erhöhung des Mindestlohnes geführt werden, den die Unternehmer stets als sogenannte Anwesenheitsgelder bezeichneten. Bei dieser Debatte war die Feststellung wichtig, daß ungefähr 44 Prozent aller Kohlenhauer unter dem tariflichen Durchschnitt von 7,10 M. arbeiten müssen. Es war weiter den Unternehmern deutlich gesagt worden, daß das heutige System der Gedingeabschlüsse nicht mehr haltbar sei. Bisher diktieren die Grubenbeamten das Gedinge und setzen es von Anfang an so fest, daß nichts verdient werden kann. So kommt es, daß der Kumpel am Monatsende auf die Gnade oder Ungnade des Beamten angewiesen ist.

Dieser Beweisführung konnte der Schlichter sich nicht verschließen. Nach achtstündigen Verhandlungen wurde der folgende Schiedsspruch gefällt:

„Die Lohnordnungen für das Waldenburger und das Neuroder Revier erfahren folgende Aenderungen:

1. Der Hauermindestlohn beträgt für das Waldenburger Revier 6,30 M., für das Neuroder Revier 5,50 M.

2. In den Lohnordnungen Abschnitt „Unter Tage B" werden die Worte „der Leistungslohn der Vollhauer im Gedinge soll ... betragen" ersetzt durch die Worte „der Leistungslohn ... beträgt" usw.

3. Die Gruppen in Abschnitt „Ueber Tage A 1" (Anschläger an Hauptförderschächten) sowie „B 3" (handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter usw.) werden mit der Gruppe „B 7" (Kesselheizer, Lokomotivheizer usw.) gleichgestellt.

4. In Gruppe „Ueber Tage B 5" werden die Baggerführer neu aufgenommen.

5. In der Lohnordnung für das Neuroder Revier erhält die Ziffer B 5 (Ueber Tage) unter Hinzufügung der Gruppe „Kabelkranführer" noch die Fußnote „Kabelkranführer erhalten 10 Prozent Zulage".

6. Für Kesselreinigungsarbeiten, deren Ausführung ein Befahren des Kessels oder der Kesselzüge notwendig macht, wird, sofern diese Arbeiten nicht im Akkord vorgenommen werden, ein Zuschlag von 20 Prozent bezahlt. Für diese Arbeiten sind Kesselanzüge kostenlos zur Verfügung zu stellen.

7. Eine Kürzung der Leistungszulagen darf aus Anlaß der Erhöhung von Tariflöhnen nicht vorgenommen werden.

Mit diesen Aenderungen gelten die Lohnordnungen ab 1. Februar 1930 unkündbar bis zu September 1930; von da ab können sie mit einmonatiger Frist auf Monatsende gekündigt werden.

Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches hat bis zum 5. Februar 1930 an den Schlichter zu erfolgen."

Zu diesem Schiedsspruch nahm eine am 2. Februar in Waldenburg stattgefundene Delegiertenkonferenz der Gewerkschaften Stellung. In der Berichterstattung über die Schlichtungsverhandlungen wurde ausgeführt, daß der Schiedsspruch eine Lohnerhöhung zwar nicht bringe, daß aber trotzdem die Kündigung des Lohntarifs nicht erfolglos gewesen sei. Die Erhöhung des Mindestlohnes sei ein Erfolg grundsätzlicher Art. Damit sei die Linie, den Mindestlohn dem Zimmerhauerschichtlohn gleichzusetzen, endlich durchbrochen. Der willkürlichen Gedingefestsetzung würde ein Ziel gesetzt. Dies sei nicht ohne Einfluß auf die größere Arbeitsfreudigkeit. Da der Schiedsspruch jedoch eine allgemeine Lohnerhöhung nicht vorsähe, könne die Annahme nicht empfohlen werden. Die Konferenzleitung schlug daher die Ablehnung des Schiedsspruches vor.

Kamerad Martmöller, Vorstandsmitglied unseres Verbandes, ging dann noch in längeren Ausführungen auf die allgemein wirtschaftliche Frage in Verbindung mit der Lohnbewegung ein. Er konnte den sogenannten Oppositionellen den Nachweis führen, daß entgegen deren fortgesetzten Behauptungen die Lohnentwicklung in Niederschlesien sich seit 1924 prozentual stark ausgewirkt habe. Dabei betonte er besonders, daß die Löhne deshalb in Niederschlesien keineswegs ausreichend wären.

In der Aussprache über den Bericht stimmten die Redner im allgemeinen den Ausführungen der Berichterstatter zu. Der Schiedsspruch wurde schließlich einstimmig abgelehnt.

Die günstige Gelegenheit, aus Anlaß der Lohnbewegung Parteiagitation zu betreiben, hatte nebenbei die kommunistischen Führer auf den Plan gerufen. Die preußisch-kommunistischen Abgeordneten Sobottka und Schulz (der letztere bekannt durch die Hundepeitsche) waren herbeigeeilt, um die Lohnbewegung in das „richtige Fahrwasser" zu bringen. Während der Konferenz hielten sich beide im Weinzimmer des Tagungslokals auf, vergeblich nach einem unkontrollierbaren Einschleichungsloch in den Konferenzsaal suchend. Außerdem hatten sie für den gleichen Tag eine Funktionärkonferenz nach einem anderen Lokal einberufen. Dort sollten die „Kampfaktionen" steigen. Es stieg aber nichts. Die durch einen großspurigen Aufruf befohlene Konferenz mußte aus Mangel an Kampflustigen ausfallen. Das ist der beste Beweis dafür, daß die KPD.-Führung im Waldenburger Revier ohne Funktionäre und jeglichen Anhang steht. Die Belegschaften haben erkannt, daß ihre Interessen am besten beim Bergbauindustriearbeiterverband aufgehoben sind.

Entscheidung des Reichsversicherungsamts

hinsichtlich der Hinterbliebenenfürsorge der Invalidenversicherung.

Am 20. Januar 1930 hat das Reichsversicherungsamt eine Entscheidung folgenden Inhalts gefällt:

„Der Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge nach Artikel 3 des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 (Reichsgesetzblatt I Seite 135) wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Hälfte der für den Versicherten entrichteten Beiträge gemäß § 31 des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 oder § 44 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 erstattet worden ist." —

Es handelt sich hierbei um Fälle, bei denen den Hinterbliebenen von verstorbenen Invaliden, die bisher keine Rente bezogen, weil der verstorbene Versicherte vor dem 1. Januar 1912 bereits dauernd erwerbsunfähig im Sinne der Invalidenversicherung gewesen ist oder vor dem 1. Januar 1912 verstorben war, die Rente trotz dieses Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 aus dem Grunde verweigert wurde, weil die Hälfte der für den verstorbenen Versicherten geleisteten Beiträge früher zurückerstattet worden ist.

Aus dem Ruhrrevier.

Ein neuer Prophet.

Gustav Hartz heißt er und in Mörs (Niederrhein) ließ er am Sonntag, dem 19. Januar, seine Stimme ertönen. Er fühlt sich berufen, den Arbeitern eine neue Heilslehre zu bringen, derzufolge das soziale Problem, an welchem sich schon so viele versucht haben, im Nu gelöst ist.

Alle Arbeiter werden Kapitalisten! Wers nicht glaubt, der höre: Der überwiegende Prozentsatz aller Arbeiter, welche die Leistungen der Kranken-, Arbeitslosen- oder der sonstigen Sozialversicherungseinrichtungen in Anspruch nehmen, sind Simulanten. Einige wenige zahlen für diese Nutznießer. Diesem Uebel kann abgeholfen werden, wenn die gesamten Sozialversicherungskörperschaften mit Ausnahme der Unfallversicherung, welche Hartz gnädigerweise bestehen lassen will, aufgelöst, die bisherigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zwangsweise auf das Sparkonto der Arbeiter abgeführt werden und im Falle der Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidität der Arbeiter seine eigenen Spargelder in Anspruch nimmt. Wer so 40 Jahre lang seine Beiträge gespart hat, kann dann an seinem Lebensabend ein Vermögen verzehren. Ein Kumpel hat mit 50 Jahren ein Kapital von 60 000 M. und kann von seinen Zinsen leben. Außerdem kann man ebensogut neun wie acht Stunden täglich arbeiten. Der Verdienst der neunten Arbeitsstunde wird ebenfalls zwangsweise gespart. Das ergibt nach 40 Jahren ein Kapital von 36 000 M.

Also schildert Hartz das goldene Zeitalter. Aber unerklärlicherweise wehren sich die dummen Arbeiter mit Händen und Füßen dagegen, Kapitalisten im Sinne von Gustav Hartz zu werden. Sie wollen an ihrer Sozialversicherung, trotz aller ihr anhaftenden Mängel, nicht rütteln lassen. Hartz hatte das große Pech, daß in der öffentlichen Versammlung in Mörs, einberufen von einer mysteriösen „Deutschen Vereinigung", dessen Leiter Dr. Waldeck, in einer früheren Versammlung die Gewerkschaftsführer als Gesindel und Feiglinge bezeichnet hatte, unsere Kumpels in der Majorität waren und dem Kameraden Schüttrigkeit, welcher Hartz eine gründliche Abfuhr erteilte, vollen Beifall spendeten, während Hartz ausgelacht wurde. Kamerad Mittwich machte Mitteilung von den Freunden, die Hartz hat. Diese Freunde haben ein Komitee gebildet, um sein Buch „Irrwege der Sozialpolitik" in die Welt zu schicken. Dieses Buch ist im Hugenbergverlag gedruckt. Das Komitee zur Verschickung des Buches besteht aus Arbeitgeberverbänden und einzelnen Zechenunternehmungen. Auf die Frage, woher all das Kapital kommen sollte, um jeden Arbeiter zum Kapitalisten zu machen, wußte Hartz nur zu stammeln, es könnten bei der Sozialversicherung 500 000 M. Verwaltungskosten gespart werden. Wenn das stimmt, dann macht das pro Kopf und Jahr 2,5 Pfennig aus, gerechnet auf 20 Millionen Sozialversicherte.

Nachdem außer Hartz nur noch der bekannte Dr. Stappert die Gedankengänge von Hartz bejaht hatte, alle anderen Diskussionsredner ihn aber restlos widerlegten, war dieser große Prophet nicht mehr in der Lage, sein Schlußwort zu halten, da der überwiegende Teil von den 600 Besuchern fluchtartig den Saal verließ.

Aufgepaßt, Kameraden! Wo Hartz seine Locktöne erschallen läßt, da gebt ihm die richtige Antwort. Fort mit allen Totengräbern unserer Sozialversicherung!

Aus dem Wurmrevier.

Einer von vielen!

Unsere Bezirksleitung in Aachen erhielt für ihre Rechtsschutztätigkeit das nachstehende Schreiben:

„Laut Mitteilung der Knappschaft sind mir meine alten Rechte wieder zuerkannt worden. Das habe ich Dir und unserer Organisation zu verdanken. Ich fühle mich verpflichtet, jedem Unorganisierten zu sagen, wie nötig es ist, unserem Zusammenschluß beizutreten. Nochmals meinen besten Dank für Deine kameradschaftliche Mühe! Mit bestem Gruß Gerhard Eck."

Dem Kameraden Eck war die Rente entzogen. Im Berufungsverfahren wurde sie ihm wieder zugesprochen. Er erhielt eine Nachzahlung von 344 M. und erhält ab 1. Januar 1930 fortlaufend eine Rente von 86 M. monatlich.

Aus Mitteldeutschland.

Gelbe Werkssparkassen.

Unter Führung der Bubiag versucht die Werksgemeinschaft, im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau unter allen Umständen festen Boden zu gewinnen. Um nun die Werkvereinsmitglieder noch straffer an die Betriebe zu ketten, hat man neuerdings Werkssparkassen gegründet. Insbesondere wirbt die Hallesche Pfännerschaft unter ihren Belegschaften um Mitglieder für die Werkssparkasse. Zu diesem Zwecke versendet sie gedruckte Postkarten, auf denen die Interessenten unter Angabe ihres Namens und der Höhe des wöchentlichen oder monatlichen Sparbeitrages ihre Mitgliedschaft erklären sollen. **Wir können vor diesen Werkssparkassen nur dringend warnen!** Diese Art der Kettung an die Betriebe hindert die persönliche Willensfreiheit des einzelnen in allen Fällen. Wir wollen auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß Arbeiter, wenn sie einige Groschen zum Sparen übrig haben, diese keinesfalls mündelsicher bei solchen Werkskassen anlegen können. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation des Betriebes gehen diese Gelder in der Regel den Sparern glatt verloren. Wir warnen also auf das entschiedenste!

Eine Antwort an die Gelben.

Auf Grube Bismarck haben am 28. und 29. Januar die Betriebsratswahlen stattgefunden. Die Belegschaft besteht aus 768 Arbeitern und 63 Angestellten, im ganzen also 831 Mann. 718 Stimmen wurden abgegeben, davon haben die freien Gewerkschaften 609, die Gelben 43 Stimmen erhalten. 9 Stimmen waren ungültig. Von den 63 Angestellten haben sich 55 an der Wahl beteiligt. Die freigewerkschaftliche Liste erhielt 50 und die gelbe 5 Stimmen.

Die freien Gewerkschaften können mit diesem Wahlergebnis zufrieden sein, besteht doch der neue Betriebsrat nur aus freien Gewerkschaftern. Die Gelben müssen wieder einmal leer ausgehen. Sogar von den 63 Angestellten haben sich nur fünf für die gelbe Liste entschieden. Diese Antwort ist deutlich genug Eigentlich erübrigt sich jedes weitere Wort darüber. Wenn es hier trotzdem geschieht, so deshalb, weil der Kraftaufwand der Gelben so groß und das Wahlergebnis so glänzend für uns ist.

Die freien Gewerkschaften haben nur ein Flugblatt herausgegeben, dagegen die Gelben vier. Die Gelben haben zwar keine Anhänger, aber über viele Geldmittel scheinen sie zu verfügen. Woher kommen diese Geldmittel? Das Amtsgericht Berlin-Mitte hilft uns diese Frage beantworten. Herr Wiedemann, der Begründer und Leiter des Reichsbundes Deutscher Arbeiter zu Berlin, hat gegen einen im Gesamtverband organisierten Posthelfer beim Amtsgericht Berlin-Mitte einen Beleidigungsprozeß angestrengt, weil dieser Posthelfer in einer Betriebsversammlung am 22. Mai 1929, die zu Betriebsrätewahlen Stellung nahm, geäußert haben sollte, daß sich sowohl der Reichsbund Deutsche-

Arbeiter als auch der Reichsbund vaterländischer Arbeiter und Werkvereine auf Unternehmergeldern aufbaue, daß sie von den Unternehmern Gelder erhalten haben und auch heute noch erhalten. Durch diese Aeußerung fühlte Wiedemann sich beleidigt

Obwohl in der Gerichtsverhandlung der Angeklagte bestritt, die Aeußerung in dem Sinne getan zu haben, glaubte das Gericht, auch dann keine strafbare Beleidigung annehmen zu können, selbst wenn der Angeklagte die Aeußerung in der von Wiedemann angeführten Form getan haben sollte. Die von Wiedemann vertretene Organisation stehe unstreitig auf einem grundsätzlich wirtschaftsfriedlichen Standpunkt und erstrebe einen möglichst kampflosen Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Uebrigens habe Wiedemann Ende 1925 an eine Reihe von Persönlichkeiten, darunter auch an Arbeitgeber, einen Brief gerichtet, der die Bitte um finanzielle Unterstützung der Wochenzeitung „Deutsche Werksgemeinschaft", dessen Geschäftsführer Wiedemann damals war, enthielt.

Die enge Verbindung zwischen Unternehmertum und Gelben ist dem Kumpel längst bekannt, aber daß diese enge Verbindung jetzt von Gerichts wegen bestätigt wird, ist die beste Charakterisierung der gelben Bewegung und ihrer Führer.

Es würde zu weit führen, auf all den Schmier einzugehen der in diesen vier Flugblättern verzapft wird. Nur auf einiges wollen wir eingehen. Im Brustton der Entrüstung stellt man fest, daß der Staat die gewerkschaftliche Schulung der Funktionäre bezahlt. Es ist klar, daß die freigewerkschaftlichen Funktionäre sich auf Unternehmerschulen nicht bilden lassen. Auf diese geistige Kost verzichten sie gerne. Im Betriebe kosten sie die alle Lage. Von dem heutigen Staat wird selbstverständlich verlangt, daß er sich gerade auf diesem Gebiete seiner Pflicht gegenüber den Arbeitern bewußt wird. Wohlhabende Bürgerssöhnchen hat der vorkriegszeitliche Staat geschult. Wenn man natürlich als Gelber mit dem Unternehmertum auf Gedeih und Verderb verbunden ist, sich von dessen geistigen Brosamen ernährt, begreift man so etwas nicht. Jedenfalls erwarten wir, daß durch den stets wachsenden proletarischen Einfluß im Staat auf diesem Gebiete in Zukunft noch viel mehr geschieht.

Was die Gelben auf dem Gebiete der Gesinnungslumperei und Gesinnungslosigkeit zu leisten vermögen, dafür folgender Beweis: „Der Erzeuger des Flugblattes der Liste 1 nennt uns in der frechsten und verlogensten Weise erprobte Streikbrecher von 1927. Das ist Lüge!" So schreiben die Gelben. Anstatt stolz darauf sein, als Gelbe gearbeitet zu haben oder in Zukunft die Ehre zu haben, arbeiten zu dürfen, verleugnet man heute seine eigene Gesinnung. Ist es denn nicht wahr, daß die drei ersten Kandidaten der gelben Liste im Streik 1927 ihre Feuerprobe als Streikbrecher glänzend bestanden haben? Stimmt es nicht, daß der Spitzenkandidat mit dem Werksauto von und zur Arbeitsstelle gefahren wurde, weil der Fußweg zu gefährlich war?

Die Sprache der vier Flugblätter war für die Kumpels klar und deutlich. Sie haben sie richtig verstanden und dementsprechend geantwortet. Wir wissen bestimmt, daß bei den demnächst stattfindenden Betriebsratswahlen die Antwort nicht anders ausfallen wird. Der Sieg der freien Gewerkschaften steht auch bei den diesjährigen Betriebsratswahlen fest.

Die Lage in der Egelner Mulde.

In der Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Egeln gab Kamerad Julius Grimm einen Bericht, der sich im ersten Teil mit der wirtschaftlichen Lage der Braunkohlenindustrie in der Egelner Mulde beschäftigte. Die Konjunktur war danach bis in den November hinein im Kali sowohl wie in der Braunkohle gut. Der Absatz flaute aber im November und Dezember infolge des überaus milden Winters ab, so daß vereinzelt Entlassungen vorgenommen wurden und auch vereinzelt Feierschichten eingelegt werden mußten. Leider mußte die Krise auch mit in das neue Jahr hinübergenommen werden. Insbesondere wies der Redner auf die geradezu katastrophale Arbeitslosigkeit hin und brachte zum Ausdruck, daß, wenn diese Arbeitslosigkeit beigelegt werden soll, unbedingt für alle Berufe die Arbeitszeit erheblich verkürzt werden müsse. Die Verkürzung der Arbeitszeit müsse endlich dazu führen, daß die vielen Arbeitslosen wieder in die Produktion eingestellt werden können. Hier müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, denn dies ist der einzige Ausweg aus dieser katastrophalen Lage, wo über zwei Millionen Arbeitslose vorhanden sind.

Um all diese Kalamitäten zu beseitigen, dazu gehöre aber eine straff organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft. Alle Spaltungsversuche, ganz gleich, von welcher Seite sie auch kommen mögen, müssen an dem Bollwerk der Gewerkschaften abprallen.

Im zweiten Teile befaßte sich der Bericht mit der mustergültig geführten Abrechnung für 1929 in der Bezirks- und Lokalkasse. Die Endzahlen der Abrechnung wiesen aus, daß rationell gearbeitet wurde und daß der Lokalkassenbestand trotz der vielen Ausgaben auf seinem alten Stand gehalten werden konnte. Die Mitgliederbewegung war für das verflossene Geschäftsjahr sehr erfreulich, da sie 546 Zugänge gegenüber 65 Abgängen aufweist. Der Markenumsatz war gut, auch konnte eine Abwanderung von niedrigeren in höhere Klassen festgestellt werden. Daß infolge des Anwachsens der Mitgliederzahl die Arbeit in der Geschäftsstelle sich erhöht hat, ist selbstverständlich. Das beweisen die Posteingänge und -ausgänge, ferner die Erledigung von vielen Rechtsschutzangelegenheiten, die Belebung der Jugendfrage und die Versammlungstätigkeit.

Nachdem noch die Kameraden, die 25 Jahre dem Verbande angehören, durch Ueberreichung einer Verbandsnadel mit silbernem Eichenlaub als besonderer Anerkennung geehrt wurden, schloß der Vorsitzende Bertram die gutverlaufene Konferenz mit einem Hoch auf den Verband.

Aus Oberschlesien.

Der Unfall auf der Heinitzgrube.

Wie wir bereits berichtet haben, sind bei dem am 15. Januar auf der Heinitzgrube aufgetretenen Gebirgsschlag vier Arbeiter getötet worden. Unfallausschuß und Gebirgsschlagausschuß geben hierzu folgende Erklärung ab:

„Der Unfallausschuß und der Gebirgsschlagausschuß des Oberbergamts Breslau beschäftigten sich heute gemeinsam in Anwesenheit der Betriebsverwaltung und der Betriebsvertretung unter Hinzuziehung des Leiters der Landeswarte in Ratibor, Prof. Mainka, und in Anwesenheit des Vertreters des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe mit dem Unfall auf der Heinitzgrube vom 15. Januar 1930. Es wurde zunächst bekanntgegeben, daß der Unfall vier Tote gefordert hat, daß einer derselben zwar lebend geborgen werden konnte, nachträglich aber seinen Verletzungen erlegen ist, und daß auch die übrigen Toten sämtlich geborgen werden konnten. Es wurde besonders anerkannt, daß die Rettungsmannschaften mit äußerster Einsetzung ihrer Kräfte und unter Nichtachtung der Gefährdung des eigenen Lebens die Rettungs- und Bergungsarbeiten durchgeführt haben

Die Ursache des Unfalls wurde in einem Gebirgsschlag festgestellt. Wodurch dieser ausgelöst wurde, ob durch tektonische Bewegungen oder durch die Folgen des Abbaues, ließe sich zur Zeit nicht mit Sicherheit beurteilen. Die Prüfung dieser Frage von allgemeinen Gesichtspunkten aus ist noch nicht abgeschlossen, sie wird weiter verfolgt, um zu einem abschließenden Ergebnis kommen zu können. Zur Vermeidung derartiger Unfälle, die sich nach den bisherigen Beobachtungen überwiegend in Restfeldern ereignet haben, sind weitgehende Untersuchungen darüber im Gange, ob sich gegebenenfalls durch anderweitige, geeignetere Abbaumethoden Abhilfe schaffen läßt. Nach Abschluß der Untersuchungen sind behördliche Maßnahmen in Aussicht genommen, die so weit als irgend möglich derartige Unfälle wesentlich zu beschränken geeignet erscheinen. Ein abschließendes Urteil ist auch über diese Frage zurzeit noch nicht möglich. Es wird eine Lösung dieser Frage jedoch in möglichst kürzester Zeit zu erreichen weiter versucht werden.

Nach den bisherigen amtlichen Untersuchungen und Verhandlungen sind als Ursachen des Unfalls Mängel des Betriebes oder Nichtbeachtung bergpolizeilicher Vorschriften nicht festgestellt worden."

Strittig ist die Frage, wodurch die in Oberschlesien wiederholt auftretenden Gebirgsschläge, die immer wieder Opfer fordern, ausgelöst werden. Die Unternehmer führen stets als Grund tektonische Erdbewegungen an. Aber sonderbarerweise ereignen sich diese Erdbewegungen nur dort, wo vornehmlich Pfeilerbruchbau geführt wird. Bei den hohen Flözen, die der oberschlesische Steinkohlenbergbau teilweise hat, muß dieser Pfeilerbruchbau zu erheblichen Gebirgssenkungen führen. Nun hat die Verwaltung der Heinitzgrube in dem in 40 Meter Breite abgebauten Feld, in dem sich der Unfall ereignete, zwar Spülversatz zwecks Sicherung der vorbeiführenden Wetterstrecke vorgenommen, aber es ist nicht ermittelt worden, inwieweit das links der Unfallstelle liegende, bereits abgebaute Grubenfeld versetzt, insbesondere aber welche Einwirkungen der auf der bereits in Polnisch-Oberschlesien liegenden Florentinegrube geführte Pfeilerbruchbau auf die Gebirgsbewegungen im Unfallgebiet hatte. Die durch Pfeilerbruchbau ausgelöste Gebirgsbewegung wird sich niemals auf das Hauptbruchgebiet allein auswirken, sondern wird natürlicherweise auch die benachbarten Gebiete in Bewegung bringen. Wenn sich im oberschlesischen Bergbau das Zubruchgehen in schweren Gebirgsschlägen äußert, dürfte dies im Zusammenhang mit der sich über den ganzen oberschlesischen Bergbau ausdehnenden, zwischen den Flözen lagernden festen Sandbank stehen. Wenn diese Sandbank durch den Abbau unterfahren ist und erheblich versetzte oder schlecht versetzte Felder innerhalb der Sandbank liegen, dann muß diese Sandbank sich in Form von Gebirgszerreißungen senken, was immer sich als Gebirgsschläge äußern wird. Diese ruckweise Gebirgssenkung wird vor sich gehen, bis genügend neuer Widerstand vorliegt. Sofern dieser neue Widerstand auf Kohlenflözen ruht, wird, sobald diese Kohlenflöze abgebaut werden und man mit dem Abbau an den Druckpunkt kommt, eine neue Senkung, d. h. ein neuer Gebirgsschlag ausgelöst. Die Annahme, daß das an dieser Unglücksstelle abgebaute Feld ein solcher Druckpunkt war, wird dadurch bestärkt, daß rechts und links der im Abtrieb befindlichen Stelle die Sohle bereits seit mehreren Jahren abgebaut ist. Auf der tiefer liegenden Sohle hat man von dem Gebirgsschlag nichts gemerkt. Sofern tektonische Erdbewegungen den Gebirgsschlag ausgelöst hätten, wäre eine derartige Bewegung nicht auf den engen Unfallbezirk in der oberen Sohle beschränkt geblieben. Die Gebirgsschlagsgefahr kann im oberschlesischen Bergbau nur dadurch bekämpft werden, daß dort, wo noch Pfeilerbruchbau betrieben wird, dies zu unterbinden ist. Eine entsprechende Verständigung ist dieserhalb seitens der deutschen Bergbehörde mit der polnischen Behörde anzustreben für die Gruben, die an das deutsche Grubengebiet angrenzen. Möglichst dichter Versatz der Gruben wird die hohe Gebirgsschlagsgefahr beseitigen.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Kray I. Im verflossenen Geschäftsjahr wurden folgende sechs Kameraden durch den Tod aus unseren Reihen gerissen: Christian Döring, Karl Münsterkötter, Karl Vogt, August Bechler, Julius Nietmann, Fritz Rudat. Sämtliche Kameraden waren treue Mitglieder und immer zur Stelle, wenn sie der Verband im Dienste der Arbeiterbewegung brauchte. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Oberbach. Am 25. Dezember starb unerwartet unser Kamerad Franz Kleinhenz im Alter von 36½ Jahren. Seit Wochen hatte ihn eine heimtückische Krankheit ans Lager gefesselt. Jeder hoffte auf Besserung, doch es kam plötzlich anders. Unser Kamerad war ein guter Gewerkschafter und Mitkämpfer für unsere Sache. Kleinhenz war seit 1926 organisiert. Wir werden seiner ehrend gedenken!

Briefkasten.

Mehrere Ausländer in Lugau. Wenn Ihr eine entsprechende Antwort haben wollt, müßt Ihr Eure Namen angeben. Anonyme Zuschriften können nicht berücksichtigt werden.

Verbandsnachrichten

Bibliothek.

Wiebelskirchen. Die Bücherausgabe erfolgt jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr im Lokal Rausch (Lind, bei Vorlegung des Mitgliedsbuches.

Bücherrevision.

Durchholz. Im Monat Februar. — **Marten.** Vom 15. bis 28. Februar. Bücher bereit halten!

Adressenveränderungen.

Marten. Unser Vertrauensmann wohnt jetzt Martener Straße 412.

Stadthagen. Die neue Adresse des Kameraden H. Röse-meier lautet: Stadthagen, Nordstraße Nr. 7.

Gesucht wird das Verbandsmitglied Friedrich Marquardt, geboren am 25. November 1905 zu Essen, Verbandsnummer 1 127 795, seit Juni 1929 nach Alsdorf bei Aachen, von dort am 31. August auf Wanderschaft gemeldet. Er selbst oder andere Kameraden, denen die Adresse bekannt ist, wollen dem Vater des Vermißten, dem Berginvaliden Friedrich Marquardt in Lünern, Werler Straße 36 (Kreis Hamm i. Westf.) seinen Aufenthalt zukommen lassen.

Im Namen der Regierungskommission des Saargebietes!

Urteil.

In der Privatklagesache des Bergmanns Franz Becker aus Elversberg (Saar), Herrnstr. 11 a, Privatklägers, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" Friedrich Pfordt in Landsweiler (Saar), Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht in Saarbrücken in der Sitzung vom 8. Januar 1930 **für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen §§ 185, 186, 200 Strafgesetzbuches in Verbindung mit §§ 20, 21 Pressegesetzes zu einer Geldstrafe von eintausend Franken, an deren Stelle im Falle der Unbeibringlichkeit für je 15 Franken ein Tag Gefängnis treten, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.**

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, innerhalb zwei Wochen nach Rechtskraft des Urteils je einmal den Tenor des Urteils in der „Arbeiter-Zeitung", im „Saar-Bergknappen" und in der „Bergbau-Industrie" auf Kosten des Verurteilten zu veröffentlichen.

Die Richtigkeit der Abschrift des Urteils wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Saarbrücken, den 18. Januar 1930.

L. S. Reiter, Justizobersekretär,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Vergriffen ist unser Taschenkalender 1930. Wir bitten, keine Bestellungen mehr aufzugeben. Soweit wir vorliegende Bestellungen nicht mehr ausführen können, erfolgt in den nächsten Tagen Bescheid Kalender, die nicht mehr verkauft werden können, sofort zurücksenden

Gallensteine

verursachen große Schmerzen, mitunter auch gefährliche Leiden (Bauchfellentzündung usw.) — Bei den leisesten Anzeichen sollte man deshalb **Philippsburger Herbaria-Gallenstein-Tee** trinken. Er hat in Hunderten von Fällen Gallenstein-Neubildungen verhindert und die Auflösung und Ausscheidung von Sand, Grieß und Steinen, sowie die gründliche Reinigung der Gallenblase bewirken helfen. Dankschreiben: „Meine Frau ist durch Ihren Gallenstein-Tee von einem langjährigen Gallensteinleiden befreit worden. gez. Georg Keil, Bernterode."

Herzleiden

Herzschwäche, Herznerven-Erkrankungen, Herzklopfen, Herzkrämpfe und deren Folgekrankheiten: Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden, Migräne usw. bekämpft **Philippsburger Herbaria-Herz-Tee** sehr wirksam. Er reguliert die Herztätigkeit, stärkt Herzmuskeln und Herznerven und fördert die Blutzirkulation. Dankschreiben: „Litt an Herzschwäche und Müdigkeit in den Beinen, mein Herz hat mir 30 Jahre lang Angst gemacht. Ließ Herbaria-Herz-Tee kommen und jetzt ist alles wieder gesund. gez. Bahnassistent Jakob B. . . . , Oestrich".

Blasen- u. Nierenleiden

Blasenkatarrh, Harnverhaltung, Blasenschwäche, Stein- und Grießbildung sind lästig, schmerzhaft und gefährlich. **Philippsburger Herbaria-Blasen- und Nieren-Tee** sei Leidenden warm empfohlen, denn er ist ein bewährtes Getränk, hauptsächlich zur Vorbeugung der Folgen vernachlässigter Leiden. Dankschreiben: Herbaria-Blasen- und Nieren-Tee hat meinem Manne sehr gut geholfen, er ist wieder ganz hergestellt. gez. M. K., Bergeborbeck. Die Zusammensetzung des Tees ist auf der Originalpackung angegeben. Alleiniger Hersteller: **Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg, GHB 401** (Bd.)

Kur 6—12 Pakete, Paket RM 3 —. Mögen Sie keinen Kräutertee trinken oder ist Ihnen eine Durchführung der Kur im Büro, in der Fabrik, auf der Reise usw. unmöglich, dann bestellen Sie unter Angabe des Leidens unsere Herbaria-Kräuterpulver-Kapseln! — Kleine, leichtschluckbare Oblatenkapseln, gefüllt mit feinpulverisierter Herbaria-Spezial-Kräuterteemischung. Trocken einzunehmen, ohne Beigeschmack, sehr wirksam! Originalpackung mit 60 Kapseln RM 5 —. Broschüre kostenlos!

Spare zeitgemäß

Neu:		Gebraucht:	
Mil.-Socken	0.95	Mil.-Stiefelhs.	6.— 4.50
M.-Fingerhandsch.	1.20	Mil.-Hosen, lg.	6,— 4.50
Fausthandsch., gef.	1.40	Arbeitsjoppen, gef.	9.—
Mil.-Unterj., Barch.	3.25	Fg. Waffenrock	8.50 5.50
Mil.-Strickjacken	3.40	M.-Mäntel, feldgr.	14.50
Hemden, wollgem.	1.95	Mil.-Decken, dkl.	3.—
Unterhosen, „	1.95	Schnürsch., neu bes.	6.—
Feldgr. Stiefelhosen	8.95	Schaftstiefel	8.00
„ Tuchhs., lg.	11.50 8.95	Gummiumhänge	9.50
Mil.-Deck. 150x225	4.95	Flieg.-Schnürst., p. Knie	
Arb.-Schuhe	12.50 9.50	z. schnür., schwarz, neu	
Schaftstiefel	18.50 16.—	bes., b. Gr. 43	16.50 12.50

Bekleidung f. Stadt u. Land G. m. b. H. K.-G., Berl. O 17, Schlitzbf. 264 Langestr. 79. Versand u. Nachnahme. Umtausch und restlose Zufriedenstellung garantiert. Sendung ab RM. 30.- portofrei. Preisliste gratis.

BÜCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum.

Wenn Schmerzen . . . . Togal-Tabletten!

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten.** Lt. notar. Bestätigung anerkennen über 5000 Aerzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togal! Keine unliebsamen Nachwirkungen! Entfernt die Harnsäure! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. „A" 1.40. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr
Gute Taschenuhr nur Mk. 2,90

Nr. 3 Deutsche Herren-Ank.-Uhr, 33 std. gen. regul Werk, Ia. vern. nur M. 2,90
„ 4 m. Goldr., Scharn., Ovalbüg. M. 3,80
„ 5 m. bess. Werk. kl. flach Form M. 4,80
„ 6 Sprungdeckeluhr, 3 Deckel vergoldet, hochfeine Uhr . M. 8,50
„ 7 Damenuhr, versilb., 2 Goldr M 6,—
„ 8 Armbanduhrm Lederriem. M. 5,50
Nickelkette M. 0,30. Doppelkette, echt vergold. M. 1,20. Kapsel M. 0,25. Vers. geg. Nachn. Katal grat.
Uhrenbau **Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3**
Jahresumsatz zirka 15 000 Uhren

Seit 75 Jahren

beliefere ich Berufs- u. Vereinsmusiker mit erstklass. Instrumenten u. Saiten. Werden auch Sie mein Kunde. Katalog frei. Teilzahlungen.
G. A. Wunderlich, Siebenbrunn (Vgtl.) 52

Futterale
für Mitgliedsbücher
Preis 20 Pfg.
H. Hansmann & Co. Bochum,
Wiemelhauser Straße 38-42

Neuer großer Fang! Alles franko!
100 Delikateß Salzher inge vollfett
fff. Kronenheringe, größte beste Auslese, 6.00 M., 200 St. 11.00 M., 300 St. 16.00 M. 50 f. Rollm. u. 50 Del.- od. Bismarckh. 5.00 M.
Heinr. Degener, Ostseefischerei, Export, Konservenfabrik v. 1881, Swinemünde 11.

Frei Haus Nachn. nur 11.50 10-Pfd.-D. 6.65 5-Pfd.-D.
echter garantiert reiner
Edel-Bienen-Honig
Lehrer i. R. **Krieger, Borgeln 20** bei Soest.

Reisprenhfutter,
Mast- und Milchfutter, Sack 150 Pfd. 9.50, Postkolli 2.20
Simons jen., Jüchen 115 (Rheinland)

Kastenwagen
Untergestell pr. Esche, 100 cm lang, 4—5 Zentner Tragkraft **25 Mark** franko.
Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.)

25 Jahre an Rheumatismus gelitten

hat meine Schwägerin. Sie konnte kaum am Stocke gehen, sie konnte sich nicht bücken und nicht arbeiten. Jetzt nimmt sie Ihren Zinsser-Rheumatismustee und ist schon so weit wieder hergestellt, daß sie kurze Strecken ohne Stock laufen kann. So schreibt uns Herr A. Fricke, Mettingen (24908). Dabei ist das weder ein Wunder noch eine Ausnahme, denn uns liegen 25000 ähnliche freiwillige Anerkennungen vor Vor dieser Zahl müssen alle Einwände verstummen und wer an Rheumatismus leidet, sollte nur eins tun: sich selbst durch den guten Zinsser Rheumatismustee überzeugen. Er ist in fast allen Apotheken zum Preise von Mk. 2.50 und Mk. 1.80 für das Paket zu haben, sonst direkt von
Dr. Zinsser & Co., G. m. b. H., Leipzig 100.

Markenmappen für Hauptkassierer . . . . . 2,50 Mk.
Zeitungstaschen, prima Rindleder . . . . . 6,50 „
Aktentaschen, Rindl., 2 Schlöss. u. Griff in versch. Preislagen.
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38/42

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Statistik und graphische Darstellung. Ein Hilfsmittel für Arbeiter-Bildungskurse. Nach Beispielen aus der Gewerkschaftsbewegung. Bearbeitet von Otto Trefflich. Verlag: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg, Breite Gasse 25/27. Preis 1,80 M.

Mit statistischen Beweismitteln arbeitet man heutzutage überall. Ganz unentbehrlich erscheinen solche natürlich auch im sozialistischen Befreiungskampfe. Statistisches Studium gehört daher zu den unentbehrlichsten Denkübungen auch an jeder Arbeiterschule. Dem Betriebsrat, dem Funktionär in der Arbeiterbewegung werden selbst in der kleinsten Ortsgruppe mannigfache statistische Aufgaben zugewiesen. Schon das macht statistische Schulungsarbeit erforderlich. An einem populären Unterrichtsmittel auf statistischem Gebiet, auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft zugeschnitten, zum mindesten um Statistiken richtig lesen und verstehen zu lernen, hat es bisher jedoch sehr gefehlt. Deshalb ist die Herausgabe dieses Schriftchens zu begrüßen, welches auf systematische Erläuterung des statistischen Arbeitsverfahrens besonders zugeschnitten ist. Insbesondere dürfte es ein gutes Hilfsmittel für jeden Teilnehmer an Arbeiterkursen sein. Beispiele aus der Praxis der Arbeiterbewegung, in die einzelnen Abschnitte eingeflochten, sind ein besonderer Vorzug der Abhandlung. Von großer Sorgfalt zeugt auch der mit einer Reihe von Zeichnungen ausgestattete Abschnitt über die graphische Darstellung. Das Schlußkapitel belehrt darüber, was bei dem Aufbau einer eigenen Statistik zu beachten ist.

Die 7. Beitragswoche

läuft vom 9. bis 15. Februar 1930!

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Alle Zuschriften unserer Mitglieder an die Redaktion, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen sein. Einsendungen ohne Zahlstellenstempel wandern in den Papierkorb. Die Redaktion.

Schluß des redaktionellen Teils.

Die Hilfe gegen Gicht und Rheumatismus.

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister? Einreibungen, Packungen, Bäder, Salben usw. lindern meistens nur für einige Zeit die Schmerzen, aber sie packen nicht immer das Uebel an der Wurzel.

Ich empfehle Ihnen ein wirklich erprobtes Mittel, und Sie sollen es selbst versuchen, ohne daß es Sie etwas kostet; aber ehe ich Ihnen mehr sage, lesen Sie die folgenden Briefe:

Seit mehreren Jahren habe ich mit Rheumatismus zu tun gehabt, so daß mir das Laufen vor Schmerzen sehr erschwert wurde.

Daher kann ich jetzt mit Freuden bekunden, daß mir die von mir eingeschlagene Kur mit Gichtosint-Tabletten äußerst gutgetan hat und ich von meinen heftigen Schmerzen gänzlich befreit bin. Jedem Rheumatismuskranken kann ich diese Kur nur empfehlen.

Hochachtungsvoll A. R. in M.

Ich will Ihnen hiermit von dem überraschenden Erfolg Ihrer Gichtosint-Tabletten berichten und dankbar sein. Ich habe 10 Jahre mit Rheumatismus zu tun gehabt, so daß ich vor Schmerzen bald nicht mehr gehen konnte, hauptsächlich im Winter. Jetzt kann ich mit Freuden berichten, daß ich keine Schmerzen mehr habe. Nochmals meinen besten Dank. Hochachtungsvoll Frau M. H. in D.

Solche Briefe besitze ich Tausende, und nun hören Sie weiter: Gicht und Rheumatismus können nur von innen heraus wirklich kuriert werden, durch Entgiftung des Blutes. Dieses ist verunreinigt durch zurückgebliebene harnsaure Salze, und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Warmhalten nichts.

Zur Beseitigung der Harnsäure dient das Gichtosint.

Sie können das glauben oder nicht, aber Sie sollen keinen Pfennig dafür ausgeben, ehe Sie sich überzeugt haben.

Teilen Sie uns Ihre Adresse auf einer Postkarte sofort mit und adressieren Sie diese an: Generaldepot der Viktoria-Apotheke, Berlin A 466, Friedrichstraße 19; es geht Ihnen dann vollständig kostenfrei eine Probe Gichtosint mit weiteren Aufklärungen und genauer Gebrauchsanweisung zu.

Einzig und allein:
Das älteste und größte Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands!

Mitteilung:
Meine alten Kunden sandten mir im letzten Jahre
900 000 Nachbestellungen!
Warum? dieser gewalt. Andrang zu wiederholten Bestellungen? Antwort: naturgemäß nur wegen der Güte der Waren und wegen der niedrigen Preise!
Unter riesigen Warenmengen erhielt ich außerdem über
400 komplette Eisenbahn-waggonladungen Webwaren
zur Abfertigung der eingegangenen Massenbestellungen im letzten Jahre!
Heute erneute Preisherabsetzung!
Gültig nur kurze Zeit.

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.
70	Baumwollgewebe ungebleicht, leichte Sorte, für einfache Gardinen usw.	78 cm	0.15
71	Wischtücher gute Sorte, strapazierbar, 45×45 cm per Stück		0.15
72	Hemdentuch weiß, etwas leicht. Sorte	70 cm	0.27
73	Baumwolltuch ungebleicht, etw. leichte, solide Sorte	70 cm	0.27
74	Hemdenflanell indanthren-gestreift, aus guten Garnen	70 cm	0.27
75	Handtücher solide Strapazierware	40 cm	0.27
76	Hemdentuch weiß, gute Gebrauchsware	78 cm	0.37
77	Baumwolltuch ungebleicht, haltbare Sorte aus guten Garnen	78 cm	0.37
78	Hemdenflanell indanthren-gestreift, sehr solid u. haltbar	70 cm	0.37
79	Handtücher gute Strapazierqualität	40 cm	0.37
80	Hemdentuch weiß, für gute Wäschestücke	80 cm	0.47
81	Baumwolltuch ungebleicht, kräftig, fast unverwüstlich	78 cm	0.47
82	Hemdenflanell indanthren-gestreift, bessere fast unzerreißbare Sorte	72 cm	0.47
83	Zephir bessere Sorte, schöne mod. Muster	70 cm	0.47
84	Handtücher besonders dicht geschlossene, kräftige Strapazierqualität	40 cm	0.47

Nachstehend besonders ausprobierte Qualität:

Nr.		Breite	Mk. Pf.
85	Hemdentuch weiß, vorzügliche Qualität	80 cm	0.57
86	Baumwolltuch ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Spez.-Qualität	78 cm	0.57
87	Hemdenflanell indanthren-gestreift, besond. reißfeste überaus haltbare Strapazier-Qualität	75 cm	0.57
88	Zephir feinfäd., dicht geschloss. aus edlen Garnen, eleg. Muster	70 cm	0.57

Besonders vorteilhaft! Vorübergehende Abgabe!

Nr.			Mk. Pf.
89	Schlafdecken sehr solide Gebrauchsware, ca. 900 g schwer, Größe 140×190 cm	p. Stück	2.25
90	Maccotuch weiß, garantiert rein ägyptisch, für besond. feine bess. Hemden u. Wäschestücke	80 cm	0.77
91	Hemdenflanell außerordentlich haltbare, fast unverwüstl. Qual. indanthren-gestreift	77 cm	0.67
92	Hemdentuch weiß, feinfädig dicht geschloss., vorzügl. prima Qualität, jedoch nicht vollkomm. reinweiß gebleicht	80 cm	0.60
93	Gardinen sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen, mit schönen indanthrengold arbigen Streifen, etwas durchsichtig gewebt		0.33
94	Damentaschentücher weiß, Maccoausrüstung mit Hohlsaum, feinfädig bes. beliebte Qualität. Größe ca. 30×30 cm	½ Dtz.	0.85

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter, bzw. bis 20 Dtzd. an einen Kunden.
Versand per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.
Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückbezahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückbezahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten, bedeutend billiger als anderseits sind.
10 Prozent Preisermäßigung
auf alle Bestellungen über Mk. 20.—. Auf besonderen Wunsch werden an Stelle der 10% folgende Waren kostenlos abgegeben: 1 schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 1 solide, haltbare Schlafdecke, oder 6 Meter zurückgesetzte Stoffe.
Jos. Witt, Weiden 295 Opf.
Eigene mechan. Weberei. Aeltestes u. größtes Spezial-Versandgeschäft d. Art Deutschlands.

Unter Tage
ein guter Begleiter ist der würzige und billige
GEG Kautabak
aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten
In Rollen Stangen Bündeln und Hufeisenform
nur im Konsumverein

Musikwaren aller Art, billig und gut!
Zehntaus. Nachbestellung. sind d. beste Beweis

Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687
Gr. Katalog m. üb. 600 Abb. Viele Taus. Dankschr. Auftr. v. M 10.- an portofr. Schallpl. v. M 1.60 an.

Handwagen
stabiler Holzbau aus prima Eichenholz, starke Beschläge
Länge 90 cm Tragkr. 4 Ztr. RM 21.—
Länge 100 cm Tragkr. 5 Ztr. RM 22.—
Länge 110 cm Tragkr. 6 Ztr. RM 26.—
Länge 120 cm Tragkr. 8 Ztr. RM 30.—
Kastenwagen je 3 M mehr. Franko Station des Bestellers.
Karl Abel, Borsch-Geisa Thür.

Hiengfong-Essenz
Echt Thür. à Dtzd. M. 3.—, 3 Dtzd. fr. M. 9.60
Karmelitergeist Dtzd. M. 4.50.
Labor. C. J. Tr. Tischer, Langewiesen i. T. 2

Sächsische **Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 79**
Prov. Sachsen, Angerstraße 4
sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen
Ferner **prima Bettinlett.**
Prüfen Sie selbst u. verlang. Sie Prob. und Preisliste umsonst und portofrei.

Billige böhmische **Bettfedern**
Nur reine gut füllende Sorten.

1 Kilo graue geschlissene, Gm. 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm.
Ungeschlissene Rupffedern Gm. 7.50, bessere Gm. 9.50, beste Sorte 11 Gm.
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet
Benedikt Sachsel, Lobes 209 bei Pilsen in Böhmen.

Verlangen Sie Kostenlose Zusendung unseres Schuhkataloges! Sie finden wirklich günstige Kaufgelegenheiten!

Schuhe aller Art, für Damen, Herren u. Kinder, z. B. Herren-Arbeitsstiefel, naturbraun Spaltrindleder . . RM. 6.90
Deutsch-Amerikan. Schuh-G. m. b. H., München K. 54 Kaufingerstraße 28, 1 St.

Nähmaschinen 12 Jahre Garantie, 70 ... Teilzahlung. Katalog gratis u. franko von der **Bifinger-Kassel 9**

EISU-Stahl- u. Holz-Betten
Schlafzimmer, Kinderbetten, Polster, Stahlmatratzen, Chaiselong. an Private. Ratenzl. Katal. frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Alles zur **Laubsägerei** Vorlagen, Holz, Werkzeuge allerbilligst. Preisliste grat. u. franko
Kerbschnitt Holzbrand
J. L. Hahn, Maxdorf 9 (Pfalz).

Käse billiger direkt ab Fabrik
Holst. Käse (Brotform) . 9 Pfd. M 3.60
Edamer Art rot (¼ fett) 9 Pfd. „ 4.80
Tilsiter Art (½ fett) . . . 9 Pfd. „ 6.00
Holländer Art (¾ fett) . 9 Pfd. „ 7.40
Tilsiter Art (Block vollfett) 9 Pfd. „ 8.80
Nachn. Porto und Verp. 1 Mk. extra.
O. Damke, Käsefabr., Hamburg 39 B 56.

Alles staunt
über Ausführung, Klangfülle u. Preis

Hochfeiner Elektro-Sprech-Apparat wie Abbildung. 42×42×32 cm groß, mit Schlangentonarm, Elektro-Schalldose, 600 Nadeln und 14 großen Musikstücken nur 42 Mark frei Haus (Nachn.)
Verlangen Sie vor anderweitigem Kauf erst unsern Katalog mit Sonderangebot. – Auch Ratenzahlungen
Wilh. Müchler Söhne, Abt.: 2
Neuenrade Nr. 57 i. Westfalen.

Meine neue Miele

Nº 22 KV Juwel
mit 4 facher Kugellagerung und gefrästen Zahnrädern. Verzinkte Beschlagteile. Spielend leichter Gang. Preis: RM 68.-
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Ha, ha, ha,
ich habe mir schicken lassen: „Das Buch z. Totlachen" die besten und schlechtesten

Spaße der Welt, die tollsten Geschichten, wirkungsvollsten Deklamationen u. Couplets nach bekannten Melodien. Außerdem „Die Humorkiste", die originellst. Witze, lustigsten Anekdoten, Scherzfragen und Rätsel. Dazu 1 Fl. Niespulver, 1 Schachtel Juckpulver, 3 Bierschwaben, 1 lebende Photographie, 1 Scherzbrief „Nello" und 1 blutiger Finger. Diese Scherzartikel mit den zwei Büchern zusammen für nur 3.— Mk. portofrei.
Buchversand Gutenberg Dresden-Ha. 590

Honig ist mehr wert als er kostet! Heilwirkend! Gar. rein Bienen-Schleuder ohn. Zuckerfütterung Auslese 10-Pfd.-Dose M 11.50, 5-Pfd.-Dose M 6.65 franko Nachn., keine Nebenkosten. Garant.: Rücknahme.
Lilienhof a. Haiderand, Aumühle 64. (Sachsenw.)

Wir liefern an Jedermann
Tuche ab Fabrik
Herren-Stoffe, Damen-Stoffe. Verlangen Sie sofort Muster
Lehmann & Assmy, Tuchfabrik und Versand
Spremberg i. L. 8.

Reispressfutter füttert wie Milch
vorzügliches, billiges Mast- und Milchfutter für sämtl. Schweine und Rindviehgattungen, zum Erstaunen für Geflügel. Sack 150 Pfd. M 10.00, 5 Sack M. 45.00 ab Bebra p. Nachn. Täglich eingehende Anerkennung beweisen die Güte des Futters.
Chr. Sänger, Wilbich 32 bei Geismar (Eichsfeld).

Betten
federdicht, echt rot gestr. Bettköper mit 17 Pfund zartweich. Federfüllung, gr. 1½ schläfr. Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, zusamm. 37.50, dasselbe mit prima Federfüllung 47.50, dasselbe echt rot Daunenköper prima Ia. Ausführung 59.50. Bettfedern billigst. Muster. Preisliste gratis. Tausende Kunden, Nachbestellungen, Dankschreiben. Nichtgefallend Umtausch oder Geld zurück.
Bettenfabrik Frankrone, Kassel 39 — Postfach 60.

Laubsägerei
Kerbschnitt u. Holzbrand, Werkzeuge, Holz, Vorlage etc. billig. Katalog gratis!
L. Strobel. Maxdorf, Pfalz 35.

Händler
Verlangen Sie sofort gratis u. franko meinen neuen Katalog. Große Gelegenheitsposten z. B. Schlafdecken St. 2.65 u. 1.35, Damen- u. Herrenwesten Trikot St. 3.50 u. 2.90, Wollsocken Paar -.87, Strickwolle 100 g -.69, Ohrenschützer -.29, Schuhriemen 100 Paar 2.80 usw. **M. Felsen, München 2 N. O.,** Zweibrückenstraße 4.

15000 Reichsmark in bar für beste Lösungen unserer Preisfrage.
Auskunft gibt unser neuester Hauptkatalog, den wir Ihnen sofort kostenfrei zusenden. 20000 Dankschreiben beweisen schlagend unsere Leistungsfähigkeit.
Versand ab Fabrik bzw. Spezialversandgeschäft der Branche **direkt an Private**

Ziehharmonikas	u. Mk. 4.75 an	Signalhörner	u. Mk. 9.00 an
Violinen	„ „ 5.— „	Trommeln	„ „ 2.40 „
Mandolinen	„ „ 7.— „	Trompeten	„ „ 28.75 „
Gitarrzithern	„ „ 8.75 „	Sprechapparate compl.	„ „ 18.— „
Grosse Flöten	„ „ 6.50 „	Platten 25 cm	Mk. 7.60

Günstige Ratenzahlungen
Interessieren Sie nur Sprechapparate, dann verlangen Sie Liste B. Plattenverzeichnis gratis.
Aufträge über Mk. 10.- portofrei. Umtausch bei Nichtgefallen.
Jedes Musikinstrument 8 Tage zur Probe!
GRÖSSTES MUSIKINSTRUMENTENVERSANDGESCHÄFT DEUTSCHLANDS
Meinel & Herold, Klingenthal Nº 146
MUSIKINSTRUMENTE, SPRECHAPPARATE u. HARMONIKAFABRIK

Alle Gummiwaren und hygienischen Artikel für allen hygienischen Bedarf. Bei Wunschangabe Preislisten gratis.
G. J. Hess, Leipzig 103 Unt. Münsterstr. 20

Käse am billigsten und besten direkt ab Fabrik. Rückn. wenn nicht gefällt!
9 Pfd. Holl. Art M 3.60
9 „ Tilsiter Art „ 4.70
9 „ Edamer Art „ 4.80
9 „ Holl. Block ½ fett M 6.90. Nachnahme
Port. u. Verp. 1 M extra.
C. Wacker, Käsefabrik Altona-Ottensen 5.

Bettnässen Befreiung sofort. Ausk. umsonst. Alter u. Geschl. angeb. Dr. med. **Housmann & Co., Velburg 67** (Bayern).

Schicken Sie mir gleich Ihre Adresse! Bevor Sie woanders kaufen, möchte ich Ihnen meinen groß. Katalog gratis zusenden. Für wenig Geld gute Ware! Preise zum Lachen! Sie werden staunen!
M. Großmann, München 50/58. Jährlich über 150 000 Pakete.

9 Pfund geräucherte Schweinsköpfe
mit dicker Backe M 6.30
9 Pf. Schw.-Kleinfl. 3.95
9 Pf. ger. fest. Cervelat-, Salami- u. Mettw. M 16.40
9 Pf. g. Blut- u. Lebw. 8.55
Billiger reeller **KÄSE**
9 Pf. rote Kugeln . 3.95
9 Pf. gelbe Broden 3.95
9 Pf. Tilsiter (Del.) 7.90
9 Pf. Edam. (hochf.) 7.90
9 Pf. dän. Schweiz. 9.45
200 Stück Harzer 3.90
1 rote Kugel und 100 Harzer . . . 3.95
ab Nortorf-Nachnahme
CARL RAMM, Nortorf (Holst.) 50 B

Herren-Anker-Uhr Zahlen 1 bis 24 versilb. m. Goldrand 30-stünd. prima Werk genau regul. 2 Jahr Garant. m. Kaps. u. echt. Nickelt. Zusammen nur Mk. 6.25. Kleine Form „ 9.25. Neusilb. b. Werk „ 12.25
Uhren-Klose, Berlin 29 (4) Zossener Str. 8

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Müller!
Reklamepreis nur 4 Mark
kostet echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 52, stark vernickelt.

Nachts leuchtend nur 0,60 M. mehr. 1 Jahr Garantie für jede Uhr.

ca. 30stünd. Werk, genau reguliert	nur 4,00 M.
Nr. 55 dies. echt vers., Goldr. u. Scharn.	6,50 „
Nr. 56 dieselbe kleines Format	9,00 „
Nr. 57 dieselbe Neusilber m. Goldrand	12,00 „
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet	12,80 „
Nr. 66 prima Nickel, 15 Steine	17,50 „
Nr. 67 eleg. fl. Form, Leuchtbl. 15 Steine	19,50 „
Nr. 39 Damenuhr, versilb. m. Goldr.	7,50 „
Nr. 79 dieselbe, kleines Format	10,00 „
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen	8,00 „
Nr. 44 dies., fl. Form., mit bess. Werk	12,00 „
Nr. 81 dieselbe echt Silber, 10 Steine	15,00 „
Nr. 48 echt Gold 585 gestempelt	25,00 „
Panzerkette, vernick. 0,50, echt Nickel	1,00 „
versilb. 1,50, vergld. 2,00, Golddouble	5,00 „
Wecker, Ia. Messingwerk nur 3,50 bis	6,00 „

Von den Uhren verkaufe jährlich ca. 10 000 Stück.
Unsere Leser erhalten 1,— Mk. Nachlaß und 1 Kapsel gratis bei Bestellung einer Uhr zu Mk. 6,50 und mehr.
Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175 Friedrich-Franzstr. 14.

Edel-Kanarien
wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. 10.— Mark und höher. Vorsänger, Zuchtpaare, Käfige, Futter, Vogelarznei. Hochinteressante Preisliste mit wertvollen Anregungen kostenlos.
Großzucht Heydenreich, Bad Suderode 15, Harz

Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf
Homocord SCHALLPLATTEN
Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten:
4-2293 Empor zum Licht
4-2349 Brüder zur Sonne
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Bezugsquellen-nachweis durch: **Homophon-Company G. m. b. H. Berlin SW 68**

Gartenfreunde! Merkt auf!
Der Einkauf für den Garten erfordert Überlegung. Spart nicht an falscher Stelle. Kauft nur das Beste. Hohe Keimkraft, Sortenechtheit, geringe Versandkosten sind seit Jahrzehnten die Merkmale der Adlersaat. Verlangt noch heute kostenfrei den nützlichen Katalog. — Schreibt gleich! — Adlers Gemüse- und Blumensamen, Saatkartoffeln, Obstbäume, Sträucher, Rosen, Edeldahlien, Stauden und Erdbeerpflanzen bringen Freude ins Haus.
Adlersaat-Samenzucht Adler & Co. Erfurt 83

Verantwortlich für den Inhalt: Peter Zimmer, Bochum. — Druck von H. Hansmann & Co., Bochum.